

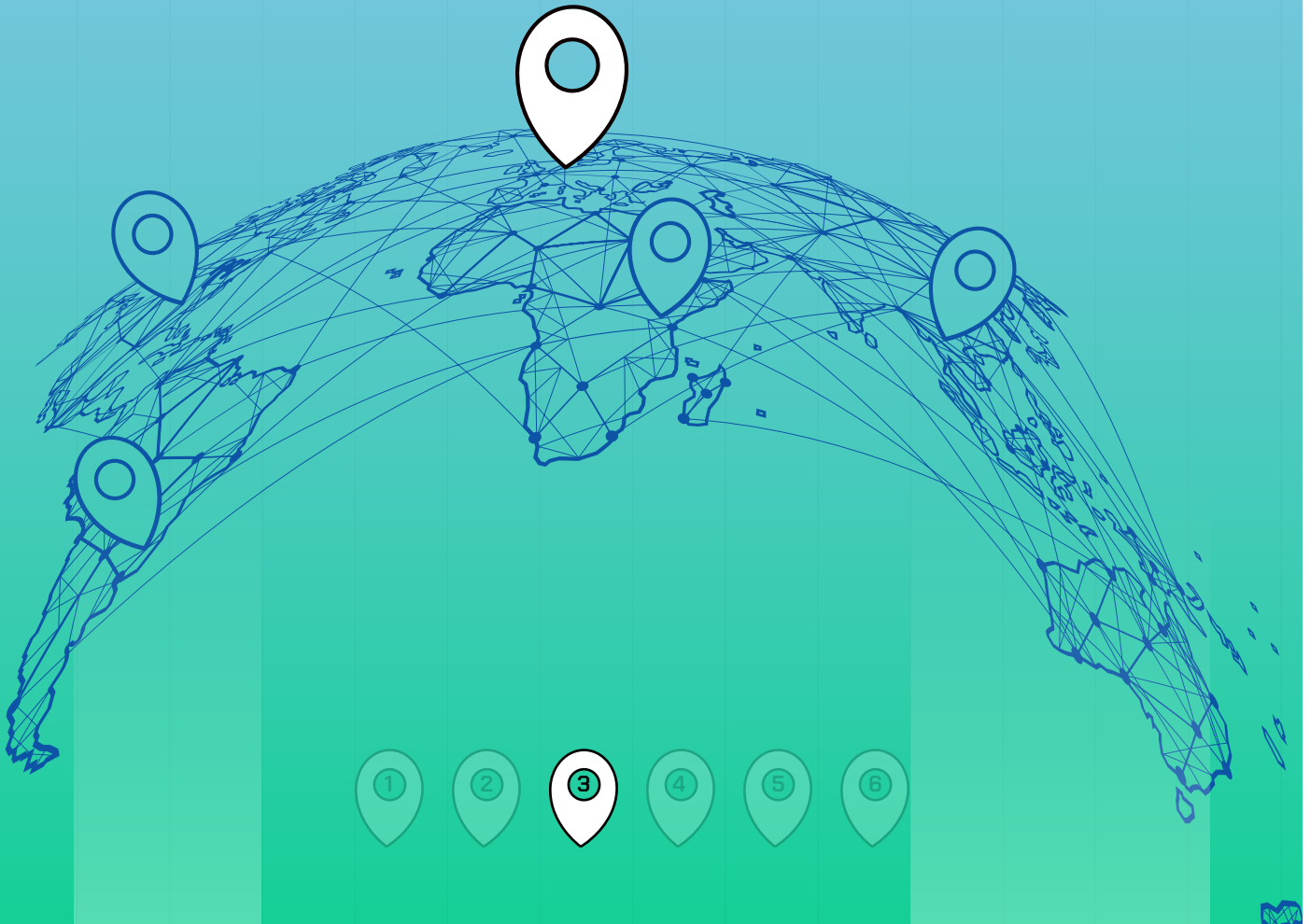
# upgrade democracy

Forschungsreihe: Reinhard Mohn Preis

## Umgang mit Desinformation in Europa.

Herausforderungen und Gelegenheiten  
für zivilgesellschaftliche Organisationen  
und Privatsektor.

Wade Hoxtell



# upgrade democracy

Forschungsreihe: Reinhard Mohn Preis

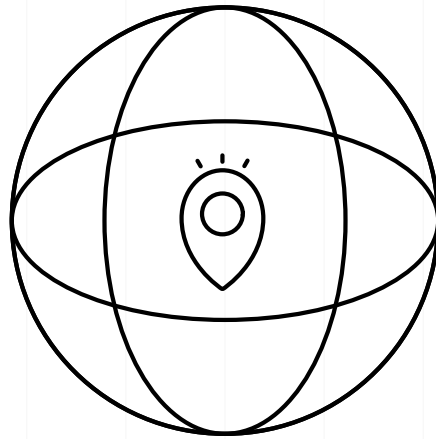
---

## Umgang mit Desinformation in Europa.

Herausforderungen und Gelegenheiten  
für zivilgesellschaftliche Organisationen  
und Privatsektor.

---

Wade Hoxtell



Dieser Bericht ist Teil einer internationalen Forschungsreihe zum  
Thema „Demokratie stärken, Desinformation begegnen“.

# Vorwort

---

Liebe Leser:innen,

um demokratische Werte weltweit zu schützen, müssen wir unseren Umgang mit Desinformation in der digitalen Welt stärken. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass verschiedene Akteur:innen auf unterschiedlichen Ebenen gemeinsam handeln müssen, um dieses Problem anzugehen. Es fehlt jedoch ein umfassender Überblick von bestehenden Strategien und Initiativen, ganz zu schweigen von ihrer Wirkung und der Frage, wie diese genau gemessen werden kann.

Im Rahmen des **Reinhard Mohn Preises** – „Demokratie stärken – Desinformation begegnen“ haben wir weltweit Lösungen unter die Lupe genommen und nach beispielhaften Modellen und innovativen Ansätzen gesucht, um Desinformation zu begegnen. Unser Ziel war es, einen Einblick in das Wo, Wie und Warum von Desinformationen zu bekommen und entsprechend zu reagieren. Überall gibt es unzählige erfolgreiche, effektive Beispiele von Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen, die sich der Bekämpfung von Desinformation verschrieben haben. Wir wollten zum einen von ihnen lernen und zum anderen unser wechselseitiges Lernen fördern.

Diese Serie – bestehend aus sechs Berichten aus den Regionen Afrika, Asien-Pazifik, Europa, Nord- und Lateinamerika sowie einem globalen Überblick über staatliche Maßnahmen zum Umgang mit Desinformation – fasst unsere Ergebnisse zusammen. Hierbei liefern wir nicht nur wichtige Erkenntnisse, sondern leiten umsetzbare Empfehlungen ab. Die Berichte könnten deutlicher nicht sein: Wir können alle voneinander lernen. Von den technologiegestützten Fact-Checking-Ansätzen von **Chequeado** (Argentinien) oder **Aos Fatos** (Brasilien) über das Community-basierte Debunking von **JamiiCheck** (Tansania) oder dem von **Real411** (Südafrika) betriebenen Rapid-Response-Mechanismus, bis hin zu den eindrucksvollen Medienkompetenztrainings von **Fact Shala** (Indien) und **Mafindo** (Indonesien) – es gibt so viel Wissen, dass wir ganze Bücher darüber schreiben könnten. Wir laden euch ein zum Entdecken, zum Lernen und sich inspirieren lassen. Denn es gibt sie, die Hoffnung für ein gesünderes Informationsökosystem – dank der Bemühungen aller, denen wir begegnet sind.

Abschließend möchten wir den fantastischen Autor:innen dieser Berichte sowie allen Expert:innen, die an unseren Workshops in Nairobi, Bangkok, Buenos Aires, Washington D.C. und Brüssel teilgenommen haben, unseren tiefsten Dank aussprechen. Euer Fachwissen und euer Engagement für die Stärkung der Demokratie – unabhängig von den jeweiligen Herausforderungen – haben diese Reihe so aufschlussreich und besonders gemacht.

Herzlichst,



Cathleen Berger



Charlotte Freihse

# Danksagung

---

Der Autor möchte sich bei folgenden Personen für ihren Beitrag zu dieser Studie bedanken: Konstantin Griep für seine Unterstützung bei der Recherche; Charlotte Freihse und Cathleen Berger von der Bertelsmann Stiftung für hilfreiche Kommentare und Hinweise; und den Kolleg:innen des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin für ihr Feedback. Ein besonderer Dank geht an Lisa Ginsborg, Paula Gori, Julian Jaursch und Lisa-Maria Neudert für ihre Bereitschaft, für Interviews zur Verfügung zu stehen und für ihre hervorragenden Beiträge.

# Inhaltsübersicht

---

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Danksagung</b>	<b>4</b>
<b>Kurzfassung</b>	<b>6</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>8</b>
<b>2. Die Desinformationslandschaft in Europa: Akteur:innen und Ansätze</b>	<b>11</b>
2.1 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft	13
2.2 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und privater Protagonist:innen durch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten	20
<b>3. Zentrale Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Organisationen und private Akteur:innen im Umgang mit Desinformation</b>	<b>24</b>
3.1 Mit dem Ausmaß und der Geschwindigkeit von Desinformation Schritt halten	26
3.2 Desinformation ist reizvoller als Information	28
3.3 Begrenzte Ressourcen und Fachkenntnisse	29
3.4 Abwägung kommerzieller Interessen mit dem Gemeinwohl	31
<b>4. Schlussfolgerungen</b>	<b>33</b>
4.1 Wirksame Umsetzung der bestehenden Regulierung	34
4.2 Neue Modelle zur Finanzierung von Maßnahmen gegen Desinformation	35
4.3 Das Problem des Datenzugriffs	36
4.4 Förderung der Medienkompetenz und Unterstützung unabhängiger Medien	37
4.5 Langfristig orientiert handeln	38
<b>Referenzen</b>	<b>39</b>
<b>Impressum</b>	<b>43</b>

# Kurzfassung

---

Die Verbreitung von Desinformation stellt eine erhebliche Bedrohung in Europa dar. Dazu gehören die potenzielle Untergrabung demokratischer Prozesse und die Erosion des Vertrauens in Medien und Institutionen. Falsche Darstellungen, die sich über digitale Plattformen rasch verbreiten können, zielen darauf ab, die öffentliche Meinung zu manipulieren, Wahlen zu beeinflussen und Gesellschaften zu destabilisieren. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht nur wirksame Regeln zur Bekämpfung von Desinformation entwickeln, sondern auch andere Akteur:innen in ihren Bemühungen unterstützen, dasselbe zu tun.

Verschiedene Akteur:innen im Kampf gegen Desinformation, darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, Forschungseinrichtungen, der Privatsektor und die Medien, sind aktiv an der Bekämpfung von Desinformation beteiligt und wenden dabei unterschiedliche Strategien an. Fact-Checking-Organisationen und Ansätze zur Moderation von Inhalten dienen als erste Verteidigungslinie, um Fakten zu überprüfen und Online-Inhalte zu moderieren und so die Verbreitung von Falschinformationen einzudämmen. Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und private Unternehmen führen Untersuchungen, Analysen, Monitoring und Audits durch, um Desinformationsmuster zu verstehen, wirksame Strategien zu entwickeln, die Einhaltung von Vorschriften zu gewährleisten und die Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen zu bewerten. Darüber hinaus zielen die Bemühungen bezüglich Medienkompetenz darauf ab, Bürger:innen mit der Fähigkeit auszustatten, Medieninhalte kritisch zu bewerten und so die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Desinformation zu stärken. Schließlich ermutigt die Selbstregulierung Plattformen und Verlage, sich freiwillig ethischen Standards zu unterwerfen, um die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen.

Allerdings stehen diese Akteur:innen – unsere „Protagonist:innen“ – bei ihren Bemühungen Desinformation zu bekämpfen, vor mehreren großen Herausforderungen. Erstens ist es schwierig, mit dem Umfang und der Geschwindigkeit der Erstellung und Verbreitung von Desinformationen Schritt zu halten. Auch erregen Sensationsmeldungen und gefälschte Informationen oft mehr Aufmerksamkeit als sachliche Informationen, was die Bemühungen erschwert, dafür zu sorgen, dass qualitativ hochwertige Informationen leichter zugänglich und ansprechender sind als Desinformationen. Des Weiteren erschweren begrenzte Ressourcen und Fachkenntnisse, insbesondere in der Zivilgesellschaft und in Forschungsorganisationen, deren Fähigkeit, Desinformation wirksam zu bekämpfen. Darüber hinaus stehen sowohl Social-Media-Plattformen als auch traditionelle Medien vor dem komplexen Dilemma, ein gesundes Gleichgewicht zwischen kommerziellen Interessen und öffentlicher Verantwortung zu finden.

Die Studie liefert eine Reihe von wichtigen Erkenntnissen, um die Bekämpfung von Desinformation effektiver zu gestalten:

- Die Durchsetzung bestehender Vorschriften sollte Vorrang vor der vorschnellen Verabschiedung zusätzlicher Maßnahmen haben.

- Eine intensive Diskussion über nachhaltige Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung laufender Maßnahmen gegen Desinformation ist notwendig.
- Die Frage des Datenzugangs sollte angegangen werden, indem ein breiterer und gerechterer Zugang zu Daten von Social-Media-Plattformen gewährleistet wird.
- Die Stärkung von Medienkompetenzprogrammen und die Förderung von unabhängigem Journalismus sind entscheidend, um die Resilienz der Öffentlichkeit zu stärken.
- Ein langfristiger und integrierter Ansatz, der alle Beteiligten einbezieht, ist notwendig, um der Bedrohung durch Desinformation wirksam zu begegnen und ein widerstandsfähiges Informationsökosystem zu fördern.

## 1 Einleitung

---

Die zunehmende Digitalisierung vieler Aspekte des Lebens der europäischen Bürger:innen, vom Nachrichten- und Informationskonsum über die soziale Interaktion und Kommunikation bis hin zur politischen Teilhabe und der Verbreitung von Plattformen für die persönliche Meinungsäußerung, ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits haben der einfache Zugang zu Informationen sowie die niedrighschwellige Erstellung und weite Verbreitung von Informationen den Bürger:innen viele Vorteile gebracht. Andererseits gibt es, wie bei vielen innovativen Technologien, auch Risiken. Die Demokratisierung der Informationsproduktion und -verbreitung hat auch zu einer Zunahme von Desinformation geführt, was zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringt. In einer Mitteilung aus dem Jahr 2018 warnte die Europäische Kommission beispielsweise: *„Desinformation untergräbt das Vertrauen in die Institutionen und in digitale und traditionelle Medien. Sie schadet unseren Demokratien, da die Bürger keine fundierten Entscheidungen mehr treffen können... Durch Desinformation werden häufig radikale bzw. extremistische Ansichten und Aktivitäten unterstützt. Außerdem schränkt sie die Freiheit der Meinungsäußerung ein.“* (Europäische Kommission, 2018). Dies wird insbesondere durch die mächtigen Echokammern mit ihren maßgeschneiderten und abgeschotteten Informationsumgebungen verschärft, die häufig durch undurchsichtige Algorithmen der Social-Media-Plattformen geschaffen und verstärkt werden und dazu dienen, Desinformationskampagnen zu verstärken und qualitativ hochwertigere Informationen zu verdrängen.

Das Aufkommen neuer technologischer Entwicklungen und Anwendungen, der Wandel der traditionellen Medienlandschaft und -wirtschaft sowie die Wechselwirkungen zwischen sozialen Einstellungen und Identitäten, kulturellen oder persönlichen Überzeugungen und politischen Agenden machen diese Herausforderungen noch akuter. Die europäischen Gesellschaften verfolgen jedoch auch weitreichende Ansätze zur Bekämpfung von Desinformation und ihren Auswirkungen. So hat die Europäische Union wichtige Gesetze verabschiedet, die auf verschiedene Aspekte der Desinformationsproblematik abzielen, darunter den „Digital Services Act“ (DSA), den „Digital Markets Act“ (DMA) und den „AI Act“, während nationale Regierungen in Europa eigene Initiativen ergriffen haben, wie zum Beispiel das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das 2017 in Deutschland verabschiedet wurde.

Zusätzlich zu den regulatorischen Bemühungen unterstützen die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten auch andere gesellschaftliche Akteur:innen in Europa in ihren Bemühungen, Desinformation zu bekämpfen. Die Zivilgesellschaft, Forschungsorganisationen, Universitäten, unabhängige Medien und der Privatsektor sowie Netzwerke, die sich aus verschiedenen Konstellationen dieser Akteur:innen zusammensetzen, verfolgen alle das Ziel, Desinformation und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft zu bekämpfen. Sie nutzen unter anderem Ansätze wie Fact-Checking, Forschung, Wissensaustausch und politische Lobbyarbeit, Compliance-Monitoring, Medienkompetenz, Moderation von Inhalten und Selbstregulierungsbemühungen von Unternehmen.

Ziel dieses Berichts ist es, ein besseres Verständnis der Landschaft und der Ansätze zivilgesellschaftlicher und privater Protagonist:innen zu gewinnen, die sich in Europa für die Be-



kämpfung von Desinformation einsetzen, und zu ermitteln, wie die EU diese Bemühungen am besten unterstützen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, versucht der Bericht folgende Fragen zu beantworten:

- Wie ist der Stand der Desinformation(sbekämpfung) in Europa? Welches sind die größten Herausforderungen? Welches sind die vorherrschenden aktuellen und möglichen zukünftigen Trends bei der Bekämpfung von Desinformation in Europa?
- Wer sind die wichtigsten zivilgesellschaftlichen, privaten und öffentlich-privaten Protagonist:innen, die an der Bekämpfung von Desinformation in Europa beteiligt sind? Welche Ansätze und Instrumente nutzen sie zur Bekämpfung von Desinformation, was hat sich (nicht) bewährt und warum? Welchen Herausforderungen sehen sie bei der Bekämpfung von Desinformation?
- Welche Initiativen der nationalen Regierungen und der Europäischen Union gibt es, um diese Protagonist:innen bei der Bekämpfung von Desinformation in Europa zu unterstützen? Sind sie wirksam? Warum oder warum nicht?
- Was können politische Entscheidungsträger:innen auf europäischer Ebene tun, um die Protagonist:innen im Umgang mit Desinformation besser zu unterstützen?

Um diese Fragen zu beantworten, stützt sich dieser Bericht auf eine Methodik, die Desktop-Recherche und eine Sichtung der vorhandenen Literatur sowie Interviews mit Expert:innen und Praktiker:innen kombiniert. Der Bericht konzentriert sich ausschließlich auf den europäischen Kontext sowie auf Akteur:innen und Ansätze aus der Zivilgesellschaft – im weitesten Sinne definiert als Forschungseinrichtungen wie Think Tanks und Universitäten – und dem privaten Sektor.<sup>1</sup> Die Studie verfolgt auch keinen umfassenden Ansatz zur Beantwortung der zentralen Forschungsfragen. Stattdessen stützt sie sich weitgehend auf bestehende (hauptsächlich englischsprachige) Forschungsarbeiten und Mappings, um die wichtigsten Ansätze und Herausforderungen auf anschauliche Weise zusammenzufassen und Schlussfolgerungen zu ziehen, die der Politikgestaltung auf europäischer Ebene sowie der künftigen Forschung zu diesen Themen als Orientierung dienen können.

Der Bericht enthält eine Reihe wichtiger Schlussfolgerungen. Die Bewältigung des vielschichtigen Problems von Desinformation in Europa erfordert einen umfassenden Ansatz, der alle Beteiligten einbezieht. Regulatorische Maßnahmen sind zwar unerlässlich, müssen aber durch verschiedene Strategien ergänzt werden, die zivilgesellschaftliche Organisationen, Forschungseinrichtungen, den Privatsektor und die Medien einbeziehen. Auch wenn die Europäische Union mit den jüngsten Rechtsvorschriften wie dem DSA und dem DMA erhebliche Fortschritte erzielt hat, sollte der Schwerpunkt in den kommenden Jahren eher auf der effektiven Umsetzung bestehender Maßnahmen und Strategien als auf einer schnellen Ausweitung um weitere Policy-Maßnahmen liegen. Darüber hinaus müssen die Finanzierungsmodelle für Anti-Desinformationsarbeit neu bewertet werden, um ein nachhaltigeres und inklusiveres Umfeld für Protagonist:innen zu schaffen, die gegen Desinformation vorgehen, und um ihren Zugang zu umfassenden Daten von Social-Media-Plattformen zu gewährleisten, die für die Forschung und die Rechenschaftspflicht von entscheidender Bedeutung sind. Initiativen zur Medienkompetenz, die sich an erfolgreichen Modellen in Ländern wie Schweden und Finnland orien-

---

1 Eine weitere von der Bertelsmann Stiftung betreute Studie befasst sich mit staatlichen Maßnahmen zum Umgang mit Desinformation (siehe Iglesias Keller et al., 2024)

tieren, sollten ebenso Priorität haben wie die Unterstützung unabhängiger Medien, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen und Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformationskampagnen zu stärken. Schließlich sind eine langfristige Perspektive und die Förderung sektorübergreifender Zusammenarbeit entscheidend, um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft zu stärken und Desinformationskampagnen wirksam vorzubeugen.

## 2 Die Desinformationslandschaft in Europa: Akteur:innen und Ansätze

---

Die Verbreitung von Desinformation ist zu einer allgegenwärtigen Herausforderung geworden, auf die demokratische Gesellschaften nur schwer reagieren können. Die Europäische Kommission definiert Desinformation als „nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können.“ (Europäische Kommission, 2018). Desinformation ist jedoch auch insofern komplexer, als dass Desinformationsinhalte nicht immer völlig fiktiv sind, sondern eine Mischung aus Fakten und Unwahrheiten enthalten oder den für das Verständnis wichtigen Kontext ausblenden können (Bradshaw & Neudert, 2021).

Sowohl im europäischen als auch im globalen Kontext ist Desinformation aus mehreren Gründen gefährlich. Die Legitimität der europäischen Demokratie beruht auf freien und fairen Wahlen. Doch Desinformation kann die öffentliche Meinung so stark manipulieren, dass die Integrität von Wahlen und das Vertrauen in europäische und nationale Institutionen gefährdet werden. Dies bedroht nicht nur die Wahlen selbst, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Institutionen, die für die Demokratie unverzichtbar sind (Europäischer Rechnungshof, 2021). Desinformation kann auch die Integrität der traditionellen Medienlandschaft untergraben und sich negativ auf die Ökosysteme der sozialen Medien auswirken, indem sie es schwierig macht, Fakten von Fiktion zu unterscheiden. In dieser Hinsicht stellt die Bekämpfung von Desinformation eine besondere Herausforderung dar. Es geht nicht nur um die Macht oder die Auswirkungen einzelner Desinformationskampagnen, sondern vielmehr darum, Verwirrung, Zynismus und Misstrauen in die Medienlandschaft, in politische Prozesse (z. B. Wahlen) und damit in die Gesellschaft insgesamt zu tragen (Gunitsky, 2020).

Desinformation ist nicht nur ein Phänomen des digitalen Zeitalters, und die Geschichte zeigt eine Reihe von Beispielen, in denen Akteur:innen Desinformation eingesetzt haben, um Ergebnisse zu beeinflussen. So war beispielsweise der öffentliche Diskurs rund um die Verabschiedung des Vertrags von Maastricht in verschiedenen europäischen Ländern Anfang der 1990er Jahre voll von Desinformationen, irreführenden Behauptungen und marginalen Meinungen (Dyson et al., 1999). Was sich jedoch geändert hat, sind die Möglichkeiten und die Geschwindigkeit, mit der Desinformation über soziale Medien verbreitet wird sowie die sich verändernden Modelle traditioneller Medienunternehmen (Vilmer, 2021). In einer Zeit, in der viele Bürger:innen ihre Informationen aus den sozialen Medien beziehen, versuchen traditionelle Medienunternehmen, sich finanziell über Wasser zu halten, indem sie Informationen, die die Aufmerksamkeit der Menschen erregen, Klicks erzeugen und damit Einnahmen generieren, eine immer höhere Priorität einräumen. Dies führt dazu, dass Medienunternehmen den Wert von Informationen zunehmend als ein Produkt betrachten, das verkauft werden muss, und nicht als ein öffentliches Gut, das der Gesellschaft dient (OECD, 2024).

Die Verbreitung von Desinformation in der heutigen digitalen Landschaft stellt für die europäische Gesellschaft im Vergleich zu früheren Jahrzehnten eine bedeutende und schwierige Veränderung dar. In jüngster Zeit wurde Europa mit einer Reihe von öffentlichkeitswirksamen Desinformationsproblemen konfrontiert, die durch soziale Medien verstärkt wurden, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Brexit-Referendum 2016, den deutschen und französischen Präsidentschaftswahlen 2017, der COVID-19-Pandemie und den slowakischen Parlamentswahlen 2023 (siehe Saurwein et al., 2020; Sauvage, 2023). Zusätzlich zu diesen spezifisch europäischen Beispielen zeigt eine Studie aus dem Jahr 2021, dass die Mehrheit der nordamerikanischen und europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit Desinformation befassen, die US-Präsidentschaftswahlen von 2016 als den Zeitpunkt nennen, an dem digitale Desinformation für die Massen greifbar wurde. Dieses verstärkte öffentliche Interesse führte insbesondere zu einem Anstieg der Finanzierung und des öffentlichen Interesses an der Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen (Bradshaw & Neudert, 2021).

Die wohl einflussreichsten Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, die die europäische Reaktion auf Desinformation geprägt und katalysiert haben, waren jedoch die russischen Desinformationsattacken während der Invasionen in der Ukraine 2014 und 2022. Als Reaktion darauf hat die Europäische Kommission zahlreiche Initiativen gestartet. Dazu gehört die Einrichtung der East StratCom Task Force im Jahr 2015 zur Bekämpfung russischer Desinformation. 2018 veröffentlichte die Kommission die „Mitteilung zur Bekämpfung von Online-Desinformation: Ein europäischer Ansatz“ und den „EU-Aktionsplan gegen Desinformation“. Im selben Jahr wurde der „Verhaltenskodex gegen Desinformation“ eingeführt, der 2022 aktualisiert wurde, um Selbstregulierungsstandards für Unternehmen zur Bekämpfung von Desinformation festzulegen. Dies sind nur einige der Maßnahmen, die ergriffen wurden. Auch die Europäische Union hat wichtige Rechtsvorschriften wie den „Digital Services Act“, den „Digital Markets Act“ und den oben erwähnten „AI Act“ erlassen, die alle indirekt zur Bekämpfung von Desinformation beitragen.<sup>2</sup>

---

2 Für einen Zeitplan der Bemühungen der Europäischen Union siehe z. B. Europäischer Rechnungshof (2021). Weitere Informationen zu den Bemühungen auf europäischer und nationaler Ebene zur Unterstützung von Protagonist:innen im Umgang mit Desinformation in Europa in [Kapitel 4](#) dieses Berichts. Zu Ansätzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Umgang mit Desinformation, z. B. Regulierung, siehe Iglesias Keller et al., 2024.

## 2.1 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft

Neben der Europäischen Union und den Regierungen der Mitgliedstaaten gibt es in Europa zahlreiche Akteur:innen aus dem privaten Sektor, der Zivilgesellschaft, den traditionellen Medien und der Forschung, die sich auf die Bekämpfung von Desinformation sowohl durch präventive als auch durch reaktive Maßnahmen konzentrieren.<sup>3</sup> Zivilgesellschaftliche Organisationen, einschließlich gemeinnütziger Forschungseinrichtungen wie Think Tanks, Universitäten sowie unabhängiger Medien, spielen eine wichtige Rolle bei der Überprüfung von Fakten, der Weitergabe von Wissen und der politischen Einflussnahme, der Bereitstellung von Forschung und Analysen sowie der Förderung von Medienkompetenz.

Der Privatsektor spielt ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Desinformation. Insbesondere, aber nicht ausschließlich, geschieht dies auf präventiver Ebene durch Inhaltsmoderation, Überprüfung und Verifizierung von Inhalten, sowie Selbstregulierungs- und Kooperationsbemühungen, z. B. indem Daten auf Social-Media-Plattformen bereitgestellt werden. Social-Media-Unternehmen wie Facebook, X (ehemals Twitter), YouTube, Instagram oder TikTok sowie Messaging-Dienste wie WhatsApp und Telegram stehen an vorderster Front beim Thema Desinformation – und sind somit die erste Anlaufstelle, um zu verhindern, dass falsche oder irreführende Informationen die europäische Öffentlichkeit erreichen. Darüber hinaus bemühen sich auch große in Europa tätige Technologieunternehmen wie Microsoft (mit Initiativen wie dem Democracy Forward Program) und Google (mit dem Google Safety Engineering Center for Content Responsibility) darum, die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen im Internet besser zu verstehen und einzuschränken, und bieten Plattformen für sektorübergreifenden Wissensaustausch über Herausforderungen wie den Schutz von Wahlen und die Moderation von Online-Inhalten.<sup>4</sup>

Die folgenden Abschnitte liefern zusätzliche Informationen zu den verschiedenen Ansätzen, die zivilgesellschaftliche Organisationen, Hochschulen, Forscher:innen, der Privatsektor und die Medien bei der Bekämpfung von Desinformation anwenden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich diese Kategorien nicht gegenseitig ausschließen und dass Organisationen häufig mehrere Ansätze verfolgen. Angesichts des komplexen und sich rasch wandelnden Charakters von Desinformation ist die Koordinierung und Vernetzung zwischen den Protagonist:innen in diesen verschiedenen Bereichen von entscheidender Bedeutung. Beispielsweise sind viele Protagonist:innen, die sich mit der Bekämpfung von Desinformation befassen, auch an Netzwerken beteiligt, die darauf abzielen, ihre Aktivitäten zu koordinieren und neue Forschungsergebnisse, Wissen und bewährte Verfahren auszutauschen.

3 Viele davon sind in der bisherigen Forschung bereits detailliert untersucht worden. Siehe z. B. Pershan, Claire, 2021; Bradshaw und Neudert, 2021; Iglesias Keller et al., 2024; TechSoup, 2023.

4 Siehe die Blogs von Google und Microsoft.

## Fact-Checking und Inhaltsmoderation

Die Überprüfung von Fakten und die Moderation von Inhalten sind zwei der wichtigsten Instrumente bei der Bekämpfung von Desinformation. Als reaktiver Ansatz zielt Fact-Checking darauf ab, die Auswirkungen von Desinformation durch Analyse und Überprüfung der Glaubwürdigkeit von Informationen, Bildern und Videos abzuschwächen. Angesichts der Bedeutung von Fact-Checking gehen eine Reihe von europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Desinformation vor, indem sie falsche oder irreführende Behauptungen entlarven. Auf europäischer Ebene hat beispielsweise das European Fact-Checking Standards Network (EFCSN) den **European Code of Standards for Independent Fact-Checking (Europäischer Normenkodex für unabhängige Faktenüberprüfung)** entwickelt, eine Reihe von Kriterien, die sicherstellen sollen, dass Organisationen, die Fehlinformationen und Desinformation überprüfen, die höchsten methodischen, ethischen und Transparenzstandards einhalten (siehe EFCSN, 2024). Darüber hinaus zielt ein Projekt der European Journalism Training Association (EJTA) namens **EUFactCheck** darauf ab, Lehrpläne für Fact-Checking in europäischen Journalist:innenschulen zu fördern und eigene Faktenchecks durchzuführen (EUFactCheck, 2019).

Darüber hinaus gibt es in den Mitgliedstaaten zahlreiche Initiativen und Organisationen, die auf nationaler Ebene tätig sind, darunter **Correctiv** in Deutschland und **Demagog** in Polen sowie Initiativen wie „**Fact Check**“ von Agence France-Presse und „**Le Décodex**“ von Le Monde in Frankreich und „**Reality Check**“ der BBC im Vereinigten Königreich. Diese und ähnliche Bemühungen spielen eine wichtige Rolle bei der Überprüfung und Verifizierung von Informationen, um der Verbreitung von Fehlinformationen entgegenzuwirken und so die Integrität des öffentlichen Diskurses zu wahren. Die **European Digital Media Observatory (EDMO)** hat einen umfassenden und wertvollen Überblick über europäische Fact-Checking-Organisationen erstellt, die sich mit Falsch- und Desinformationen befassen (EDMO, 2024).

Systeme zur Moderation von Inhalten auf Internetplattformen verwenden eine Kombination aus automatisierten Technologien und menschlicher Aufsicht, um Desinformation und irreführende Inhalte zu erkennen, zu bewerten und zu entschärfen. Diese Systeme sollen die Verbreitung schädlicher Inhalte verhindern, indem sie diese entfernen und/oder ihre Sichtbarkeit verringern. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen starten digitale Plattformen häufig spezielle Initiativen zur Überwachung wichtiger globaler und politischer Ereignisse, um gezielten Desinformationskampagnen entgegenzuwirken. Bemerkenswerte Beispiele sind die **proaktiven Maßnahmen von Facebook und X (früher Twitter) während der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019** und der nationalen Wahlen in Taiwan im Januar 2020 (Vilmer, 2021). Ein weiteres interessantes Beispiel ist die Jigsaw-Einheit von Google, die mit der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen sowie mit Universitäten und Ressourcengemeinschaften zusammenarbeitete, um Desinformation auf YouTube zu erkennen und „Prebunking“-Anzeigen während YouTube-Videos zu schalten, die Nutzer:innen darüber informieren, wie sie Desinformation erkennen können.<sup>5</sup>

Die Moderationspraktiken auf Social-Media-Plattformen sind ebenfalls Gegenstand erheblicher Kritik. Unter anderem werden Plattformen dafür kritisiert, dass ihre Entscheidungsprozesse bezüglich der Moderation von Inhalten häufig nicht transparent sind; dass sie sich schwertun, Systeme zu entwickeln und zu implementieren, die ihre eigenen Richtlinien wirksam durchset-

5 Interview.

zen; und dass sie sich noch nicht mit den Bedenken hinsichtlich der Voreingenommenheit bei algorithmischen Entscheidungen auseinandergesetzt haben. (Fertmann et al., 2022). Darüber hinaus verdeutlicht die Debatte um die Moderation von Inhalten die komplexen Herausforderungen, denen sich diese Plattformen bei der Abwägung zwischen Regulierung und dem Recht auf freie Meinungsäußerung gegenübersehen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, haben Social-Media-Plattformen damit begonnen, beratende **Gremien aus Expert:innen** einzurichten, um ihre Inhaltsmoderation zu verfeinern und zu steuern. Dazu gehören Initiativen von X (ehemals Twitter), Twitch, TikTok und dem Oversight Board von Facebook. Diese Gremien haben die Aufgabe, inhaltliche Entscheidungen zu überprüfen, politische Empfehlungen auszusprechen und sicherzustellen, dass die Community Standards in ausgewogener Weise durchgesetzt werden.<sup>6</sup> Solche Selbstregulierungsbemühungen sind zwar lobenswert, wurden aber auch wegen mangelnder Rechenschaftspflicht und Effektivität kritisiert (ebd.).

### Forschung, Analyse, Monitoring und Audits

Es gibt eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Universitäten, politischen Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsakteur:innen, die Daten sammeln und Analysen durchführen, um Desinformation besser zu verstehen und evidenzbasierte Empfehlungen zu ihrer Bekämpfung zu geben. Akademische Forschung und Konferenzen dienen beispielsweise dazu, die Bedrohung durch Desinformation durch neue Erkenntnisse zu verdeutlichen und das Bewusstsein für die Bedeutung und Gefahr des Themas zu schärfen, indem es in die akademischen Lehrpläne integriert wird (Vilmer 2021). Eine der bekanntesten europäischen akademischen Forschungseinrichtungen, die sich mit digitalen Themen, einschließlich Desinformation, befasst, ist das **Oxford Internet Institute**, eine multidisziplinäre Forschungs- und Lehrereinheit an der Universität Oxford, die sich den Sozialwissenschaften des Internets widmet.<sup>7</sup> Ein weiteres interessantes Beispiel ist das **DORIAN-Projekt „Finding and Combating Fake News“**, das von 2017 bis 2019 von der deutschen Forschungseinrichtung Fraunhofer SIT von 2017 – 2019 koordiniert wurde.<sup>8</sup> Das Projekt hat eine Reihe von Ergebnissen hervorgebracht, z. B. die Entwicklung von Methoden und praktischen Empfehlungen zur Bekämpfung von Desinformation unter Wahrung des Datenschutzes und der Meinungsfreiheit sowie die Erstellung eines Katalogs möglicher technischer, politisch-normativer und soziokultureller Empfehlungen zur Bekämpfung von Desinformation im Internet unter Wahrung der Grundrechte.<sup>9</sup>

Think Tanks, Berater:innen und andere Forschungsorganisationen in Europa bieten ebenfalls angewandte politische Forschung und Analysen zu Desinformationsfragen sowie (Compliance-) Monitoring- und Auditdienste an. Prominente Beispiele für Desinformationsforschung sind das Chatham House im Vereinigten Königreich und die Digital Analysis Unit des **Institute for Strategic Dialogue** mit Sitz in London und Büros in der ganzen Welt. Andere Organisationen wie das **EU Disinfo Lab** dienen in erster Linie als Plattformen für den Wissensaustausch zur Verbreitung der Desinformationsforschung, führen aber auch eigene Forschungsarbeiten durch.<sup>10</sup>

6 Weitere Informationen zu diesen Maßnahmen finden Sie in Saurwein & Spencer-Smith (2020).

7 Für weitere Informationen siehe: [www.oii.ox.ac.uk/](http://www.oii.ox.ac.uk/). Letzter Zugriff am 4. März 2024.

8 Für weitere Informationen siehe: <https://dorian-projekt.sit.fraunhofer.de/>. Letzter Zugriff am 10. April 2024.

9 ebd.

10 Für weitere Informationen siehe: [www.disinfo.eu/](http://www.disinfo.eu/). Letzter Zugriff am 9. März 2024.

Einige Forschungszentren wie **Debunk.eu** oder das **Center for Monitoring, Analysis and Strategy (CeMAS)** (Bradshaw & Neudert, 2021) bieten auch Echtzeitanalysen an, indem sie Informationsflüsse überwachen und böswillige Kampagnen aufdecken. Ähnlich bietet der **Global Disinformation Index** einen Index für das Risiko von Websites, Leser zu desinformieren, verfolgt Desinformation und Extremismus im Internet, und stellt politischen Entscheidungsträgern und Plattformen weltweit seine Daten und Forschungsergebnisse zur Verfügung.<sup>11</sup> Darüber hinaus bieten Unternehmensberatungen wie Deloitte **Audit-Dienstleistungen** an, um die Einhaltung von Rechtsvorschriften wie dem Gesetz über digitale Dienste und von Selbstregulierungsmechanismen wie dem Verhaltenskodex gegen Desinformation durch Unternehmen zu bewerten.

Geldgeber für Forschung und andere Aktivitäten spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. So unterstützt der Europäische Medien- und Informationsfonds, eine Kooperation zwischen dem Europäischen Hochschulinstitut und der Calouste-Gulbenkian-Stiftung, finanziell „gemeinsame Anstrengungen zur Entlarvung von Desinformation, zur Stärkung der unabhängigen Überprüfung von Fakten und zur Ermöglichung zielgerichteter Forschungs- und Innovationsinstrumente, die die Widerstandsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit des Ökosystems gegenüber Desinformation stärken sollen.“<sup>12</sup>

### Wissensaustausch und politische Interessenvertretung

Die Verbreitung von qualitativ hochwertigen Daten und Analysen über Desinformation sowie die Entwicklung und Förderung einer guten Informationspolitik und von Standards sind Schlüsselaspekte in der Bekämpfung von Desinformation. Die Europäische Kommission hat dies nicht nur erkannt, sondern auch offiziell anerkannt, dass sie bei ihren Bemühungen um eine wirksame Umsetzung des Rechtsakts über digitale Dienste und des Rechtsakts über digitale Märkte auf Wissen, Belege und Konsultationen mit Zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie auf die politische Unterstützung durch diese Organisationen und andere Expert:innen angewiesen ist.<sup>13</sup>

Die meisten, wenn nicht sogar alle Forscher:innen – und Denkfabriken, die Forschung betreiben – erfürfen auch über Komponenten der politischen Interessenvertretung, mit denen sie Empfehlungen zur besseren Bekämpfung von Desinformation fördern und Outreach- und Verbreitungsaktivitäten durchführen können, um neue Erkenntnisse zu verbreiten. Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen in diesen Bereichen ebenfalls eine Schlüsselrolle, indem sie sich für politische Maßnahmen einsetzen, die beispielsweise Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den Medien, auf Online-Plattformen und in demokratischen Prozessen und Institutionen fördern. Sie setzen sich auch für strengere Vorschriften ein, um die Verbreitung von Desinformation zu bekämpfen, und bemühen sich um eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in den Schulen. Da zivilgesellschaftliche Organisationen oft einen guten Einblick in die verschiedenen (Wähler:innen-) Gruppen haben, können auch sie ein wertvoller Kanal für die Kommunikation von Anliegen und das Eintreten für eine bessere Politik sein, die unabhängig von politischen oder kommerziellen Interessen ist.

11 Für weitere Informationen siehe: [www.disinformationindex.org/product](http://www.disinformationindex.org/product). Letzter Zugriff am 8. März 2024.

12 Für weitere Informationen siehe: <https://gulbenkian.pt/emifund/>. Letzter Zugriff am 11. März 2024.

13 Interview.



Eines der bekanntesten Clearinghäuser für Desinformationsressourcen in Europa ist das **European Digital Media Observatory (EDMO)**. Mit seinen 14 nationalen oder multinationalen Zentren, die 28 Länder der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums abdecken, dient es Referenzpunkt für Daten und Strategien in den Bereichen Desinformation, öffentliches Vertrauen, Medienkompetenz und Informationsqualität.<sup>14</sup> Darüber hinaus unterhält das **EU Disinfo Lab** eine unabhängige europäische Plattform mit Instrumenten, Ressourcen und Wissen zum Thema Desinformation, führt eigene Forschungsarbeiten durch oder gibt diese in Auftrag, betreibt Outreach-Initiativen und setzt sich für politische Anliegen ein.<sup>15</sup> Auch Democracy Reporting International leistet wertvolle Arbeit in Form von Analysen, Wahlbeobachtung, Schulungen und Sensibilisierung für Online-Desinformation.<sup>16</sup>

Politische Interessenvertretung umfasst auch Bemühungen zur Entwicklung von Standards oder Normen für die Informationsproduktion und zur Verbesserung des digitalen Informationsumfelds im Allgemeinen. Die **Credibility Coalition** zum Beispiel, eine Gemeinschaft von Journalist:innen, Forschern:innen, Akademiker:innen, Student:innen, politischen Entscheidungsträger:innen, Technolog:innen und engagierten Lai:innen, hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsame Standards für die Glaubwürdigkeit von Informationen zu entwickeln.<sup>17</sup> Darüber hinaus hat die von Reporter ohne Grenzen (RSF) ins Leben gerufene **Journalism Trust Initiative** ein Zertifizierungssystem nach ISO-Norm geschaffen, um vertrauenswürdigen Journalismus und die Einhaltung professioneller Standards zu belohnen, und umfasst inzwischen mehr als 1000 Medien in über 80 Ländern.<sup>18</sup> Eine interessante Studie und Website mit dem Titel „The Many Faces of Fighting Disinformation“ (Die vielen Gesichter im Kampf gegen Desinformation), die vom EU Disinfo Lab im Jahr 2021 ins Leben gerufen wurde, enthält viele Beispiele von Organisationen, die erfolgreich die Politik und die Gesetzgebung zur Bekämpfung von Desinformation in verschiedenen europäischen Ländern beeinflusst haben (Pershan, 2021).

## Medienkompetenz und Bildungsarbeit

Medienkompetenz und Medienbildung gehören zu den wirksamsten Instrumenten im Werkzeugkasten zur Bekämpfung von Desinformation. Im Gegensatz zum Faktencheck und der Moderation von Inhalten geht es bei der Medienkompetenz darum, die Bürger:innen in die Lage zu versetzen, auf verschiedene Medienquellen zuzugreifen und diese kritisch zu bewerten, gute Informationen und Quellen zu erkennen und mit Desinformationstechniken und Medienmanipulation umzugehen (Bateman und Jackson, 2024). Solche Bemühungen sowie eine grundlegende Medienbildung in den Schulen fördern das kritische Denken und rüsten die Bürger:innen mit den notwendigen Fähigkeiten aus, um sich in einem oft verwirrenden Informationsumfeld zurechtzufinden.

Medienkompetenz spielt in Europa eine übergeordnete Rolle, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Desinformation anzugehen, da der Zugang zu und die Bewertung von Informationsquellen für die informierte Beteiligung der Bürger:innen an demokratischen

14 Für weitere Informationen siehe: <https://edmo.eu/about-us/edmoeu/>. Letzter Zugriff am 4. März 2024.

15 Für weitere Informationen siehe: [www.disinfo.eu/](http://www.disinfo.eu/). Letzter Zugriff am 4. März 2024.

16 Eine sehr nützliche und aktuelle Übersicht über die Maßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur Bekämpfung von Desinformation findet sich in: Mohan Pai, Joshita et al., 2023.

17 Für weitere Informationen siehe: <https://credibilitycoalition.org/>. Letzter Zugriff am 8. März 2024.

18 Für weitere Informationen siehe: [www.journalismtrustinitiative.org](http://www.journalismtrustinitiative.org). Letzter Zugriff am 8. März 2024.

Prozessen entscheidend ist. Angesichts dieser Bedeutung und des hohen Stellenwerts, den Medienkompetenz in den Prioritäten sowohl öffentlicher als auch philanthropischer Finanzierungsmechanismen einnimmt, konzentrieren sich eine Reihe europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen auf Medienkompetenz- und Bildungsaktivitäten wie die Entwicklung von Lehrplänen, Werbekampagnen und die Gestaltung von Schulungsmaterialien oder -programmen, um Bürger:innen dazu zu befähigen, Online-Informationen kritisch zu hinterfragen (Bradshaw & Neudert, 2021). Die belgische Organisation Lie Detectors zielt zum Beispiel darauf ab, der zersetzenden Wirkung von Online-Desinformation und -Polarisierung auf die Demokratie entgegenzuwirken, indem sie *„[durch] interaktive Schulungen für Schulen und Lehrer:innen junge Menschen und Lehrer:innen in die Lage versetzt, Fakten von Fälschungen im Internet zu unterscheiden und zu verstehen, wie professioneller Journalismus funktioniert.“*<sup>19</sup>

Darüber hinaus gibt es groß angelegte Werbekampagnen, die die europäische Öffentlichkeit für die Themen Medienkompetenz und Desinformation sensibilisieren sollen. **Das Europäische Festival für Journalismus und Medienkompetenz** beispielsweise, das von einer Handvoll europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen organisiert und von der Europäischen Union finanziert wird, soll die Aufmerksamkeit auf die zentrale Rolle des Journalismus und einer informierten Bürgerschaft lenken und kritisches Denken über Desinformation fördern.<sup>20</sup> Das Festival beginnt mit einer dreitägigen Veranstaltung in Florenz, Italien, und wird dann bis 2025 durch europäische Städte touren.

Auf nationaler Ebene ist beispielsweise Media Literacy Ireland ein Netzwerk von mehr als 250 Organisationen aus verschiedenen Bereichen und interessierten Einzelpersonen, die zusammenarbeiten, um die Medienkompetenz in Irland durch Werbekampagnen, die Verbreitung von Informationen und die Unterstützung von Akteur:innen im Bereich der Medienkompetenz in Irland und im Ausland zu fördern.<sup>21</sup> Das European Digital Media Observatory (EDMO) hat ein sehr interessantes und nützliches Verzeichnis von Akteur:innen in ganz Europa erstellt, die sich auf Initiativen zur Medienkompetenz konzentrieren.<sup>22</sup>

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für medienpädagogische Ansätze ist, dass sie sich nicht nur auf junge Menschen konzentrieren. Jüngste Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass ältere Menschen eher dazu neigen, irreführende oder falsche Informationen auf Facebook zu teilen (Guess et al., 2019). Daher müssen Medienkompetenzinitiativen kreative Wege finden, um Erwachsene zu erreichen, zum Beispiel durch Arbeitsprogramme, Online-Kurse oder andere Kanäle, die sie dort abholen, wo sie sich in ihren unterschiedlichen sozioökonomischen oder anderen Situationen befinden. Die Forschung legt auch nahe, dass effektive Medienkompetenzinitiativen das Publikum sowohl darin schulen sollten, wie man Informationen sucht und konsumiert, als auch ihr Vertrauen in ihre eigene Fähigkeit stärken sollten, proaktiv nach besseren Informationsquellen zu suchen.<sup>23</sup>

19 Weitere Informationen unter: <https://lie-detectors.org/>. Letzter Zugriff am 9. März 2024.

20 Weitere Informationen unter: <https://voicesfestival.eu/>. Letzter Zugriff am 9. März 2024.

21 Weitere Informationen unter: [www.medialiteracyireland.ie/about/](http://www.medialiteracyireland.ie/about/). Letzter Zugriff am 9. März 2024.

22 Weitere Informationen unter: <https://edmo.eu/resources/repositories/mapping-the-media-literacy-sector/>. Letzter Zugriff am 9. März 2024.

23 Siehe Bateman & Jackson, 2024; Fleming, J., 2013; PEN America & Stanford Social Media Lab, 2022.

## Selbstregulierung

Regierungen und Regulierungsbehörden stehen vor einem „Desinformationsdilemma“, das es besonders schwierig macht, Desinformation zu regulieren, ohne die Meinungsfreiheit zu gefährden. Aus ähnlichen Gründen zögern auch Online-Plattformen, Desinformation oder irreführende Informationen zu verbieten, und entscheiden sich stattdessen dafür, deren Sichtbarkeit zu verringern oder sie durch den Einsatz interner oder externer Faktenprüfer:innen und Moderator:innen als umstritten zu kennzeichnen. Die Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträger haben jedoch Druck auf Online-Plattformen ausgeübt, Desinformation durch Selbstregulierung zu bekämpfen. In ihrer Mitteilung von 2018 „Bekämpfung von Online-Desinformation: Ein europäischer Ansatz“ betonte die Europäische Kommission, dass die Plattformen lange Zeit nicht angemessen auf Desinformation reagiert hätten, und forderte sie auf, ihre Bemühungen zu verstärken, wobei sie feststellte, dass „Selbstregulierung zu diesen Bemühungen beitragen kann, sofern sie wirksam umgesetzt und überwacht wird“ (Europäische Kommission, 2024).

Ein Beispiel ist **der freiwillige Verhaltenskodex der Europäischen Union gegen Desinformation** (Saurwein & Spencer-Smith, 2020). Der Verhaltenskodex wurde ursprünglich 2018 eingeführt und zuletzt 2022 als Reaktion auf russische Desinformation(saktivitäten) während des Einmarschs in die Ukraine aktualisiert. Er legt Selbstregulierungsstandards fest, die von der Industrie eingehalten werden müssen: Demonetisierung von Desinformation, Transparenz von politischer Werbung, Verbesserung der Zusammenarbeit mit Faktenprüfer:innen und Erleichterung des Datenzugangs für Forscher:innen. Der Kodex wurde von den meisten großen Plattformen unterzeichnet, darunter Meta, Google, TikTok, Microsoft und andere, und verpflichtet diese, öffentliche Transparenzberichte über die Moderation von Inhalten und andere Desinformationspraktiken zu veröffentlichen. Obwohl der Verhaltenskodex keine Sanktionen bei Nichteinhaltung vorsieht, überwachen zahlreiche Akteur:innen der Desinformationsbekämpfung, darunter die **Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA)**, das **European Digital Media Observatory (EDMA)**, das Dienstleistungsunternehmen TrustLab sowie zahlreiche Zivilgesellschaftliche Organisationen wie **AlgorithmWatch**, die Einhaltung der Bestimmungen durch die Unterzeichner. Der Verhaltenskodex ist ein positiver Schritt hin zu mehr Transparenz, aber die bisherigen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Online-Plattformen ihren Verpflichtungen weitgehend nicht nachgekommen sind. Die Praktiken der Online-Plattformen konzentrieren sich nach wie vor auf reaktive, oft ineffektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation, anstatt auf proaktive Bemühungen, Desinformation von vornherein zu verhindern (Europäische Kommission, 2023).

## 2.2 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und privater Akteur:innen durch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten

Die Europäische Union und die europäischen Regierungen gehen direkt gegen Desinformation vor, indem sie Gesetze und Vorschriften wie das DSA, das DMA und das AI-Gesetz erlassen, die alle darauf abzielen, verschiedene Aspekte der Desinformation anzugehen.<sup>24</sup> Es gibt jedoch noch andere Gründe, warum die Regulierung von Desinformation eine komplexe Herausforderung für die Behörden darstellt. Beispielsweise stellt das „Desinformationsdilemma“ eine Herausforderung dar, denn jegliche Regulierungsbemühungen dürfen nicht gegen die Grundrechte und -freiheiten verstoßen (z. B. durch Zensur), oder technologische oder Geschäftsmodellinnovationen in erheblichem Maße negativ und unangemessen behindern (Europäischer Rechnungshof, 2021). Darüber hinaus mögen Gesetze, Vorschriften und Instrumente zur Bekämpfung von Desinformation in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zwar gut gemeint und im nationalen Kontext wirksam sein, doch können die gleichen Ansätze und Instrumente von autoritären Regierungen genutzt werden, um beispielsweise Freiheitsrechte einzuschränken (Europäische Kommission, 2018a).

Neben der direkten Regulierung hat die EU auch den übergreifenden „EU-Aktionsplan gegen Desinformation“ entwickelt. Hierbei handelt es sich um einen breit angelegten Versuch, viele Aspekte der Desinformationsbekämpfung anzugehen: die Öffentlichkeit für die negativen Auswirkungen von Desinformation zu sensibilisieren, die Arbeit unabhängiger Medien und des Qualitätsjournalismus zu unterstützen, sowie legislativer Prioritäten festzulegen (ebd.). Darüber hinaus hat die East StratCom Task Force des Europäischen Auswärtigen Dienstes im Jahr 2015 ihr Vorzeigeprojekt **EUvsDisinfo** ins Leben gerufen, um „die laufenden Desinformationskampagnen der Russischen Föderation, die sich auf die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und die Länder in der gemeinsamen Nachbarschaft auswirken, besser vorherzusagen, ihnen zu begegnen und auf sie zu reagieren ... und den Bürgern in Europa und darüber hinaus zu helfen, Widerstand gegen digitale Informationen und Medienmanipulation zu entwickeln.“ (Europäische Kommission, 2023).

Neben direkten Regulierungsmaßnahmen und EU-geführten Initiativen unterstützen die EU und die Mitgliedstaaten auch andere europäische Akteur:innen, die sich mit Desinformation befassen, in vier Bereichen: indem sie die Forschung fördern, Faktenprüfer unterstützen, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur:innen und Sektoren leiten oder unterstützen, und Initiativen zur Medienkompetenz und Medienbildung fördern.

### Finanzielle Unterstützung für Forschung und sektorübergreifende Zusammenarbeit

Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen erhebliche Mittel für die Forschung bereit, um die Trends, Triebkräfte und Auswirkungen von Desinformation sowie die Reaktionen darauf besser zu verstehen. Nach Angaben der Europäischen Kommission wurden im Rahmen des Forschungsprogramms Horizont 2020 rund 40 Projekte zum Thema Desinformation mit insgesamt fast 76,5 Millionen Euro gefördert (ebd.). Horizont Europa, der europäische Forschungsrahmen bis 2027, „widmet sich Fragen der ausländischen Einmischung und zielt darauf ab, die

24 Dieser Bericht geht nicht im Detail auf Ansätze der EU und ihrer Mitgliedstaaten ein, siehe hierzu Iglesias Keller et al., 2024.

demokratische Rechenschaftspflicht und die Widerstandsfähigkeit der Bürger:innen gegen Desinformation zu stärken“; die ersten Arbeitsprogramme zielen darauf ab, rund 60 Millionen Euro für die Forschung zur Bekämpfung von Desinformation im Allgemeinen und pandemiebezogener Desinformation im Besonderen zu mobilisieren (ebd.; Europäische Kommission).

Auch europäische Regierungen finanzieren wirksame Forschung zum Thema Desinformation. So hat beispielsweise die schwedische Regierungsbehörde für zivile Notfälle zahlreiche Forschungsprojekte zur Bekämpfung von Desinformation finanziert. Die Universität Lund hat z. B. ein sehr einflussreiches Handbuch mit dem Titel „Countering Information Influence Activities: A Handbook for Communicators“ erstellt.<sup>25</sup>

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen bei der Bekämpfung von Desinformation ist die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Medien von entscheidender Bedeutung, um wirksamere Maßnahmen zu gewährleisten. Die Europäische Union hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, die verschiedenen Protagonist:innen zusammenzubringen, beispielsweise durch das Social Observatory for Disinformation and Social Media Analysis (SOMA), das mit Mitteln aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 eingerichtet wurde. Es bringt Forscher:innen, Faktenprüfer:innen und Medienorganisationen zusammen, um eine europäische Gemeinschaft zu unterstützen, die gemeinsam gegen Desinformation vorgeht.<sup>26</sup>

### Unterstützung für Fact-Checking

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben die Bedeutung von Faktenchecks im Kampf gegen Desinformation erkannt und zahlreiche Anstrengungen unternommen, um diese Bemühungen auf dem gesamten Kontinent zu stärken. Ein herausragendes Beispiel ist die European Digital Media Observatory (EDMO), die im Juni 2020 ins Leben gerufen wurde, um eine engere Koordination zwischen Fact-Checking-Organisationen, Akademiker:innen, Medienfachleuten und Lehrkräften sowie Technologieunternehmen und nationalen Behörden zu gewährleisten. Zu den Aufgaben der EDMO gehört es unter anderem, über die Einhaltung des Verhaltenskodexes gegen Desinformation durch digitale Plattformen zu berichten und der Europäischen Kommission Beweise für Verstöße vorzulegen.<sup>27</sup>

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission im Rahmen ihres „Horizon Europe 2023“-Programms eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, wie man Faktenprüfer:innen in der EU bei der Bekämpfung von Desinformation unterstützen könnte. Mit einer Förderung von bis zu 850.000 Euro und Projekten, die am 1. April 2024 beginnen sollten, besteht das Hauptziel dieser Förderlinie darin, „die Fähigkeit der europäischen Fact-Checking-Gemeinschaft zu stärken, schnell und effektiv auf Krisen zu reagieren“, indem die Bedürfnisse der Faktenprüfer:innen besser verstanden werden; Empfehlungen und Lösungen für ihre bestmögliche Unterstützung durch verschiedene Ressourcen bereitgestellt werden; diese Lösungen in Bezug auf den Klimawandel und andere Krisenereignisse getestet werden;

25 Eine hervorragende Sammlung von Beispielen staatlicher Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation, unter anderem in Schweden, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, findet sich in Vilmer, 2021a.

26 Für weitere Informationen siehe: [www.disinfobservatory.org/about-us/](http://www.disinfobservatory.org/about-us/). Letzter Zugriff am 24. März 2024.

27 Für weitere Informationen siehe: [www.poynter.org/fact-checking/2023/european-fact-checkers-prepare-for-elections-under-a-new-law-that-regulates-tech-companies/](http://www.poynter.org/fact-checking/2023/european-fact-checkers-prepare-for-elections-under-a-new-law-that-regulates-tech-companies/). Letzter Zugriff am 24. März 2024.

und Schulungs- und Verbreitungsmaßnahmen durchgeführt werden (Europäische Kommission, 2023a).

Darüber hinaus hält das „European Fact-Checking Standards Network“, das ursprünglich von der Europäischen Kommission finanziert wurde und sich nun aus Mitgliedsbeiträgen und externen Spenden finanziert, Sitzungen ab, um wichtige Themen zu erörtern und Aktivitäten zu koordinieren, einschließlich seiner Rolle bei der Rechenschaftspflicht von Technologieunternehmen im Zusammenhang mit dem „Digital Services Act“. Die Mitglieder des Netzwerks trafen sich im Dezember 2023 und diskutierten unter anderem über Wahlen und Abstimmungen, einschließlich der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024, Migration, Klimawandel und eine mögliche gemeinsame Datenbank für europäische Faktenchecks.<sup>28</sup> Bei diesem Treffen erklärte Vincent Couronne von der französischen Fact-Checking-Gruppe Les Surligneurs, dass die europäischen Fact-Checking-Organisationen „begonnen haben, die [Bestimmungen des] DSA zu nutzen, um sowohl die Plattformen als auch die EU-Institutionen zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen aufzufordern“ (ebd.).

Auch europäische Mitgliedstaaten haben interessante Initiativen gestartet, um Fakten zu überprüfen und falsche oder irreführende Informationen zu entlarven. So haben beispielsweise das litauische Verteidigungs- und Außenministerium sowie die litauischen Streitkräfte gemeinsam mit Journalist:innen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und mit finanzieller Unterstützung des Google Digital Innovation Fund und des baltischen Internetportals Delfi die Website „Demaskuok.lt“ ins Leben gerufen, die täglich rund 10.000 Artikel in litauischer und russischer Sprache auf Desinformation analysiert und diese innerhalb von zwei Stunden entlarven kann (Gerdziunas 2018).

### Unterstützung von Medienkompetenz und Bildungsmaßnahmen

Auch die Europäische Union trägt zur Medienkompetenz und -bildung der europäischen Bürger:innen bei. Das von der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) verwaltete Programm Bürger:innen, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) fördert die Medienkompetenz durch die Bereitstellung von Mitteln für Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Nichtregierungsorganisationen weiterleitet, um die Bürger:innen in die Lage zu versetzen, fundierte Entscheidungen zu treffen, indem sie ihnen helfen, Desinformation zu erkennen (Europäische Kommission, 2023). Die Kommission unterstützt auch Medienkompetenzkampagnen wie #SaferInternet4EU und „Medienkompetenz für alle“, Initiativen, die 2018 gestartet wurden, um Online-Sicherheit, Medienkompetenz und Cyberhygiene zu fördern und bewährte Verfahren im Bereich der Medienkompetenz zu dokumentieren und zu verbreiten.<sup>29</sup>

Des Weiteren hat sich die Europäische Union im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 für die Förderung der Medienkompetenz eingesetzt. So organisierte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) im Juni 2023 eine Veranstaltung mit Teilnehmern aus der Zivilgesellschaft, den Medien und Jugendorganisationen, um „die Notwendigkeit eines stärker von unten nach oben gerichteten An-

28 Für weitere Informationen siehe: [www.poynter.org/fact-checking/2023/european-fact-checkers-prepare-for-elections-under-a-new-law-that-regulates-tech-companies/](http://www.poynter.org/fact-checking/2023/european-fact-checkers-prepare-for-elections-under-a-new-law-that-regulates-tech-companies/). Letzter Zugriff am 24. März 2024.

29 Für weitere Informationen siehe: [www.betterinternetforkids.eu/de/saferinternet4eu](http://www.betterinternetforkids.eu/de/saferinternet4eu) und <https://all-digital.org/gyfs-mleg/>. Letzter Zugriff am 24. März 2024.

satzes mit einem starken zivilgesellschaftlichen Netzwerk zur Bekämpfung von Desinformation vor Ort besser zu verdeutlichen“ (EWSA, 2023). Im Rahmen von EU-finanzierten Projekten wurden auch Ressourcen für Lehrer:innen entwickelt, die sie in ihre Lehrpläne integrieren können. So wurde beispielsweise im Rahmen des Projekts „Implementation of Media Education in Schools“ (iMES) ein Lehrplan für den Unterricht zum Thema „Medien und Gesellschaft“ für Sekundar- und Berufsschulen in Kroatien, Griechenland und Litauen entwickelt.<sup>30</sup>

Und auch die europäischen Mitgliedstaaten haben bemerkenswerte Initiativen zur Medienkompetenz gestartet. In Deutschland beispielsweise fördert das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Projekte, die den Umgang mit Desinformation und Verschwörungstheorien vermitteln, und auch die Bundeszentrale für politische Bildung und der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützen Initiativen zur Verbesserung der Medien- und Nachrichtenkompetenz (Bundesregierung 2023). Dazu gehört die von der Stiftung Neue Verantwortung in Zusammenarbeit mit der Designagentur Nach Morgen ins Leben gerufene Initiative „News test“, mit der Bürger:innen ihre digitale Medienkompetenz testen und verbessern können.<sup>31</sup>

---

30 Für weitere Informationen siehe: <https://erasmus-plus.ec.europa.eu/projects/search/details/2018-1-LT01-KA201-046996>. Letzter Zugriff am 23. März 2024.

31 Für weitere Informationen siehe: <https://der-newstest.de/>. Letzter Zugriff am 24. März 2024.

### 3 **Zentrale Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Organisationen und private Akteur:innen im Umgang mit Desinformation**

Die wirksame und kontinuierliche Bekämpfung von Desinformation ist aus einer Vielzahl von Gründen kompliziert. Zusätzlich zu den spezifischen Herausforderungen, mit denen zivilgesellschaftliche Organisationen und private Akteur:innen konfrontiert sind (siehe unten), gibt es eine Reihe umfassenderer gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen, die ihre Bemühungen weiter erschweren. So hat beispielsweise der Aufstieg der sozialen Medien als primäre Nachrichtenquelle, in der Desinformation gedeihen kann, in Verbindung mit der Schwächung professioneller Nachrichtenorganisationen – traditionell eine verlässlichere Quelle für genaue Informationen<sup>32</sup> – eine Medienlandschaft geschaffen, in der es für Informationskonsumenten schwieriger denn je ist, Fakten von Fiktion zu unterscheiden (Saurwein & Spencer-Smith, 2020). Die schiere Menge an Inhalten, die täglich auf verschiedenen Internetplattformen hochgeladen werden, und die Geschwindigkeit, mit der sich diese Informationen innerhalb und zwischen Plattformen verbreiten können, ist beeindruckend und stellt diejenigen, die Desinformation bekämpfen und genauere Informationen verbreiten wollen, vor große Herausforderungen.

Gleichzeitig nutzen die von finanziellen Anreizen getriebenen Geschäftsmodelle der (sozialen) Medienplattformen undurchsichtige Algorithmen, um die Nutzer:innen in ihren eigenen Blasen oder Echokammern zu halten, indem sie (Des-)Informationen vorschlagen, die bestehende Überzeugungen oder Vorurteile bestätigen. All dies kann zur Verbreitung falscher oder irreführender Informationen führen, die nicht nur die Öffentlichkeit fehlinformieren oder desinformieren, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in traditionelle und soziale Medien als Nachrichtenquellen untergraben (Higgins 2024). Und es ist sehr wahrscheinlich, dass dies in den kommenden Jahren noch schwieriger werden wird. Mit dem Aufkommen zugänglicher Werkzeuge der generativen künstlichen Intelligenz wird die Erstellung und Verbreitung von Desinformation noch schneller und raffinierter werden. Gen AI-Werkzeuge können immer realistischere Texte, Bilder und Videos erstellen und menschlichen Nutzer:innen die Werkzeuge an die Hand geben, um sie so zu gestalten und zu verbreiten, dass sie die größtmögliche Wirkung erzielen.

Neben diesen und anderen allgemeinen Herausforderungen stehen zivilgesellschaftliche Organisationen und private Akteur:innen bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation auch vor spezifischeren Herausforderungen. Dazu gehören die Notwendigkeit, mit dem Umfang und der Geschwindigkeit der Desinformation Schritt zu halten; die Tatsache, dass Desinformation für Verbraucher oft interessanter ist als objektive Information; der Mangel an

---

32 Es sei darauf hingewiesen, dass auch die traditionellen Medien zur Verbreitung von Desinformationen beitragen, sowohl durch ungenaue Berichterstattung als auch durch die Wiederveröffentlichung falscher oder irreführender Inhalte (z. B. Dragomir et al., 2024).



Ressourcen und Fachwissen, um Desinformation angemessen zu bekämpfen; und die Schwierigkeit, kommerzielle Interessen mit dem öffentlichen Interesse in Einklang zu bringen.

### 3.1 Mit dem Ausmaß und der Geschwindigkeit der Desinformation Schritt halten

Der technologische Fortschritt hat die traditionellen Modelle für die Erstellung und Verbreitung von Informationen auf den Kopf gestellt. Die Hürden für den Zugang zu und den Beitrag zu Informationsökosystemen sind heute so niedrig, dass jeder Inhalte produzieren und verbreiten kann, indem man einfach über ein Gerät und eine (oft kostenlose) Software Zugang zum Internet erhält. Diese Entwicklung in Verbindung mit dem Niedergang der traditionellen (lokalen) Medien und des Qualitätsjournalismus von öffentlichem Interesse hat zu einer Situation geführt, in der minderwertige oder Agenda-gesteuerte (Des-)Informationen zunehmend den Informationsraum füllen.<sup>33</sup> Darüber hinaus können Beiträge auf Social-Media-Plattformen wie X (früher Twitter), Facebook, Instagram oder TikTok leicht mit anderen Nutzer:innen geteilt werden, so dass sich Desinformationen nicht nur auf der jeweiligen Plattform, sondern auch über verschiedene soziale Medien und anschließend über traditionelle Medienplattformen schnell verbreiten können. Darüber hinaus sind Social-Media-Plattformen so konzipiert, dass falsche Inhalte aus fragwürdigen oder anderweitig unprofessionellen Quellen oft nicht von vertrauenswürdigeren Inhalten aus professionellen Nachrichtenquellen unterschieden werden können.

Die Menge an falschen oder irreführenden Inhalten und die Geschwindigkeit, mit der sie verbreitet werden, stellen eine große Herausforderung für Protagonist:innen dar, die sich mit der Bekämpfung von Desinformation befassen, vor, insbesondere für diejenigen, die die Verbreitung von Desinformation an der Quelle verhindern, nämlich Social-Media-Plattformen und Fact-Checking-Organisationen. Was erstere betrifft, so versuchen Social-Media-Plattformen, die Verbreitung von Desinformation auf ihren Plattformen durch Maßnahmen wie die Moderation von Inhalten durch menschliche Moderator:innen, Tools zur Erkennung und Entfernung von Desinformation, oder Mechanismen, die es Nutzer:innen ermöglichen, falsche oder irreführende Informationen zu melden, zu verhindern, um nur einige zu nennen. Es ist jedoch umstritten, ob solche Maßnahmen wirklich etwas bewirken können. Eine kürzlich von der Europäischen Kommission durchgeführte Studie ergab, dass die Ansätze von Social-Media-Plattformen zur Eindämmung der Verbreitung von russischer Desinformation, die sich gegen die Europäische Union im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine richtete, weitgehend unwirksam waren (Europäische Kommission, 2022).

Fact-Checking-Organisationen stehen auch vor der großen Herausforderung, mit dem Rauschen in der Informationslandschaft Schritt zu halten und es zu durchdringen, um die Öffentlichkeit über ihre Ergebnisse zu informieren. Fact-Checking-Websites sind selbst keine großen Nachrichtenquellen und sind daher auf traditionelle Medien oder Social-Media-Plattformen angewiesen sind, um ihre Ergebnisse zu verbreiten und ein ausreichend großes Publikum zu erreichen (Saurwein & Spencer-Smith, 2020). Darüber hinaus können falsche oder irreführende Informationen sehr schnell produziert werden, aber die Überprüfung der Fakten und die Verbreitung einer Antwort sind zeitaufwändig und oft zu langsam, um zu verhindern, dass Fehlinformationen ein großes Publikum erreichen, bevor sie entlarvt werden (siehe Vilmer, 2021).

---

33 Interview.

Darüber hinaus haben Forscher:innen und Organisationen, die sich mit politischen Fragen befassen, Schwierigkeiten, mit den Anforderungen Schritt zu halten, z. B. die neuesten Desinformationstaktiken zu analysieren, Gesetzesvorschläge zu verstehen und einen zukunftsorientierten Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation zu verfolgen. Diese Herausforderungen werden auch durch die Tatsache verschärft, dass die Finanzierung unvorhersehbar oder unzugänglich ist, was sie daran hindert, nachhaltige Forschungsprogramme zu entwickeln und sich auf längerfristige oder Nischenforschungsthemen zu konzentrieren, die für Geldgeber möglicherweise weniger attraktiv sind (siehe den Abschnitt über Finanzierung weiter unten).

## 3.2 Desinformation ist reizvoller als Information

Gefälschte oder irreführende Nachrichten, die sich in bereits bestehende Meinungen einfügen, oder auch sensationell aufbereitete (Des-)Informationen, können oft interessanter sein als sachliche Informationen in traditionellen Nachrichtenformaten. In diesem Sinne ist es weniger wichtig geworden, dass Informationen faktisch sind, um Aufmerksamkeit zu erregen, als dass sie überzeugend präsentiert werden. Ein besonders schwieriges Dilemma besteht darin, dass diejenigen, die versuchen, wahrheitsgemäße Informationen zu liefern und der Desinformation entgegenzuwirken, auf den gleichen Plattformen um Aufmerksamkeit konkurrieren wie diejenigen, die mit Desinformation hausieren gehen – und letztere profitieren von einem günstigeren Spielfeld, da sie nicht an Fakten gebunden sind. Wie Jean-Baptiste Jeangène Vilmer in einer Studie für den Atlantic Council feststellt: „Es spielt kaum eine Rolle, ob wir Recht haben: Solange unsere Gegner die besseren und schnelleren Geschichten erzählen – was sie können, weil sie ihre Behauptungen nicht auf Fakten stützen müssen – werden sie gewinnen.“ (ebd.) Eine Studie des EU Disinfo Lab aus dem Jahr 2021 ergab, dass Protagonist:innen, die gegen Desinformation vorgehen, Schwierigkeiten haben, ihr Publikum in den sozialen Medien zu erreichen, und dass es besonders schwierig ist, diese Reichweite zu messen und denjenigen zu berichten, die ihre Arbeit finanzieren, da diese möglicherweise solche Indikatoren verlangen (Pershan, 2021).

Vor diesem Hintergrund müssen Protagonist:innen im Kampf gegen Desinformation nicht nur falsche oder irreführende Informationen widerlegen, sondern dies auf eine Art und Weise tun, die mindestens ebenso überzeugend ist wie die zu widerlegende Information oder Erzählung. Eine Studie des Haager Programms für Cyber-Normen aus dem Jahr 2021 analysierte nationale Reaktionen auf Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 und fand Beweise dafür, dass die Formulierung von Gegenargumenten auf überzeugende Weise sehr effektiv sein kann. Hier heben die Autoren die „Whodunit“-Gegenerzählung als Reaktion auf die Enthüllung von mehr als 20.000 größtenteils harmlosen E-Mails des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die mit gefälschten Dokumenten gespickt waren, um das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen 2017 zu beeinflussen (Vériter et al. 2021).

### 3.3 Begrenzte Ressourcen und Fachkenntnisse

Die von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Forscher:innen und privaten Unternehmen verfolgten Ansätze zur Bekämpfung von Desinformation erfordern Ressourcen, sei es in Form von Finanzmitteln, Fachwissen oder Instrumenten. Zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere Forschungsorganisationen geben häufig an, dass die begrenzte Finanzierung die größte Herausforderung für ihre Arbeit im Bereich Desinformation darstellt, insbesondere angesichts des Ausmaßes und der Auswirkungen des Problems (z. B. Bradshaw & Neudert, 2021; Saurwein & Spencer-Smith, 2020). Dieses Problem erstreckt sich auch auf die allgemeinere Frage der Nachhaltigkeit und Effektivität dieser Organisationen. Die Finanzierung ihrer Arbeit erfolgt häufig auf Projektbasis, was bedeutet, dass die Organisationen Mittel für einen begrenzten Zeitraum beantragen müssen, und zwar in vielen Fällen für Projekte, die sich eher auf aktuelle Themen konzentrieren, als für weniger augenfällige, aber möglicherweise effektivere längerfristige Projekte.<sup>34</sup> Solche Projekte können hervorragende Ergebnisse erzielen, aber ohne Klarheit über die kurzfristige Finanzierung hinaus sind die Organisationen herausgefordert, solche Arbeitsprogramme über längere Zeiträume aufrechtzuerhalten, talentierte Mitarbeiter zu binden, mehr technisches Fachwissen zu entwickeln oder längerfristige Anstrengungen mit potenziell größerer Wirkung strategisch zu planen (z. B. Bradshaw & Neudert, 2021). Darüber hinaus führen begrenzte Finanzmittel und ein harter Wettbewerb um diese Mittel dazu, dass sich Zivilgesellschaft und Forschungsorganisationen an Regierungen oder Unternehmen wenden, um die Lücken zu füllen, was zu Interessenkonflikten führt.<sup>35</sup>

Dies ist problematisch, denn es besteht ein großer Bedarf an Organisationen, die eine konstruktive Rolle im Kampf gegen Desinformation spielen. Im vom deutschen Think Tank Stiftung Neue Verantwortung im Februar 2024 veröffentlichten Policy Brief „The Digital Services Act is in effect – now what?“ wird hervorgehoben: *„Damit der [Digital Services Act] funktioniert, ist die Entwicklung einer Praxisgemeinschaft erforderlich, die nicht nur Regulierungsbehörden, sondern auch Nutzer:innen von Plattformen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und Unternehmen umfasst ... Zivilgesellschaftliche Gruppen werden im [Digital Services Act] ausdrücklich erwähnt, um die Durchsetzung auf vielfältige Weise zu unterstützen, von der Beratung der Regulierungsbehörden bis hin zur Vertretung der Verbraucher:innen ... Forscher:innen haben nun eine rechtlich garantierte Möglichkeit, Daten von Plattformen anzufordern, um potenzielle Risiken zu untersuchen. Die Plattformen werden ermutigt, gemeinsam an Verhaltenskodizes für die Branche zu arbeiten.“* (Jaurisch 2024). Zivilgesellschaftliche und Forschungsorganisationen wollen ihrerseits auch eine Rolle spielen, da es sich um einen Bereich handelt, in dem sie Einfluss auf die Politikgestaltung nehmen können, was häufig eines ihrer Hauptziele ist.<sup>36</sup> Damit diese Organisationen jedoch nicht nur dem Aufruf der Europäischen Kommission, sie zu unterstützen, folgen, sondern auch eine konstruktive und nachhaltige Rolle im Kampf gegen Desinformation im Allgemeinen spielen können, sind angemessene Ressourcen erforderlich. In diesem Zusammenhang sind zivilgesellschaftliche Organisationen zwar sehr daran interessiert, eine konstruktive Rolle im Rahmen des Verhaltenskodexes gegen Desinformation zu spielen und die Einhaltung der Regeln durch die Unternehmen zu überwachen, aber aufgrund begrenzter Ressourcen ist es für sie schwierig, z. B. mit den notwendigen Vorbereitungen für die Sitzungen Schritt zu halten und zu den

34 Von Mackenzie Nelson von AlgorithmWatch in Bradshaw und Neudert (2021).

35 Interview.

36 Interview.

Berichten beizutragen.<sup>37</sup> Dies ist besorgniserregend, da die Unternehmen, die den Verhaltenskodex unterzeichnet haben und über mehr Ressourcen verfügen, dieses Problem nicht haben.

Obwohl die Europäische Union im Rahmen verschiedener Initiativen, wie z. B. dem Forschungs- und Innovationsrahmen Horizont Europa, Mittel für Organisationen und Netzwerke bereitstellt, sind diese Mittel für viele Organisationen oft nicht zugänglich. Beispielsweise sind erhebliche Vorabinvestitionen zum Ausarbeiten von Vorschlägen erforderlich, die dann häufig aufgrund der starken Konkurrenz oder der Nichteinhaltung einer Verwaltungsformalität abgelehnt werden. Darüber hinaus wirken komplizierte Verwaltungs- und Berichterstattungsanforderungen abschreckend auf potenzielle Antragssteller:innen, insbesondere kleinere, jüngere Organisationen. Die Notwendigkeit, langfristige Projektpläne zu entwickeln und einzuhalten, die oft lange vor Beginn der Förderung erstellt werden, kann sich negativ auf die Fähigkeit der Projekte auswirken, in einem sich schnell verändernden und entwickelnden Themenbereich, der eine Anpassung an neue Entwicklungen erfordert, wirklich etwas zu bewirken (z. B. Bradshaw & Neudert, 2021).<sup>38</sup> Eine derart hohe Hürde für die Finanzierung kann es neuen Akteur:innen mit andersartigen und möglicherweise innovativeren Ansätzen erschweren, Zugang zur Finanzierung zu erhalten und potenziell positive Auswirkungen zu erzielen.

Schließlich ist die Vernetzung und Koordinierung der Akteur:innen im Bereich der Desinformationsbekämpfung nach wie vor ein Problem. Häufig arbeiten Organisationen und Unternehmen, die sich mit diesen Fragen befassen, isoliert, mit wenig Koordination und Wissensaustausch. Dies kann zu suboptimaler Doppelarbeit in einem Umfeld begrenzter Expertise und Ressourcen führen.<sup>39</sup> Darüber hinaus werden bestehende Netzwerke und Konferenzen häufig von Protagonist:innen aus großen Technologieunternehmen, besser ausgestatteten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen sowie Universitäten und Protagonist:innen aus Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich dominiert, die mehr Ressourcen für Desinformationsfragen bereitstellen können.<sup>40</sup>

---

37 Interview.

38 Siehe z. B.: Bradshaw and Neudert (2021).

39 Interview.

40 Interview.

### 3.4 Abwägung kommerzieller Interessen mit dem Gemeinwohl

Die Geschäftsmodelle von Online-Plattformen beruhen auf dem Engagement der Nutzer:innen und auf Werbeeinnahmen. Es liegt also in ihrem Interesse, Inhalte zu haben, die ein hohes Maß an Nutzer:innen-Engagement und letztlich auch Einnahmen generieren. Es ist jedoch häufig der Fall, dass sensationalistische, irreführende oder falsche Informationen zu einem höheren Maß an Engagement führen, was bedeutet, dass solche Beiträge mehr Sichtbarkeit erhalten als andere, weniger kontroverse Inhalte. Dies schafft einen Anreiz für Online-Plattformen wie auch für traditionelle Medienunternehmen, Informationen von geringerer Qualität den Vorzug zu geben, um ihre Einnahmen zu maximieren.

Dass immer mehr Nutzer:innen die sozialen Medien als primäre Nachrichtenquelle nutzen, hat erhebliche Auswirkungen auf die Qualität des Diskurses gehabt und wird dies auch weiterhin tun.<sup>41</sup> Hinzu kommen die jüngsten Veränderungen auf den Plattformen, wie die Monetarisierung des blauen Häkchens durch X (ehemals Twitter), wodurch es noch schwieriger geworden ist, authentische Informationen von Falschinformationen zu unterscheiden, da das blaue Häkchen als Indikator nicht mehr für verifizierte und glaubwürdige Quellen steht. Dies ist problematisch, denn, wie der Gründer von Bellingcat, Eliot Higgins, in der *Financial Times* warnte: „Wenn die Unterscheidung zwischen echter Autorität und gekaufter Prominenz nicht mehr eindeutig ist, wird es für die Nutzer:innen zu einer Herkulesaufgabe, die Wahrheit vom Lärm zu unterscheiden.“ (Higgins 2024).

Wie im vorherigen Kapitel diskutiert, sind Selbstregulierungsinitiativen wie der Verhaltenskodex gegen Desinformation ein positiver Schritt, um ein gewisses Maß an Transparenz in die Bemühungen von Online-Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation zu bringen. Allerdings sind die selbstberichteten Informationen oft selektiv, undurchsichtig oder sogar in langen Dokumenten formatiert, so dass es zeitaufwändig ist, relevante Informationen zu finden (z. B. Europäische Kommission, 2018b; Saurwein & Spencer-Smith, 2020; Freihe & Berger, 2024). Darüber hinaus erschwert das Fehlen eines gemeinsamen Ansatzes für die Darstellung aussagekräftiger Verpflichtungen und die Berichterstattung über konsistente Indikatoren und Ziele häufig die Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen.

Dies wirft eine weitere, besonders schwierige Frage auf: den Zugang zu Daten über Aktivitäten in sozialen Medien. Um Nachforschungen anzustellen, die Einhaltung der Regeln zu überwachen und neue Trends zu verfolgen und zu verstehen, sind zivilgesellschaftliche Organisationen und Forscher:innen auf den guten Willen genau der Plattformen angewiesen, die mit dem Verhaltenskodex zur Rechenschaft gezogen werden sollen, um ihnen Zugang zu Daten zu gewähren. Dies wirft einige bedenkliche Fragen auf. Insbesondere entsteht dadurch ein Interessenkonflikt für Forscher:innen und Analyst:innen, die den Zugang zu diesen Daten verlieren können, wenn ihre Schlussfolgerungen zu kritisch sind (Bradshaw und Neudert, 2021). Darüber hinaus sind die von den Plattformen bereitgestellten Daten oft undurchsichtig, begrenzt und nur wenigen Organisationen zugänglich, und der Zugang wird immer schwieriger und teurer. So beschloss Meta im März 2024, CrowdTangle abzuschalten, ein Forschungsinstrument,

41 Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2022 gaben 26 % der Befragten an, dass Social-Media-Plattformen primäre Nachrichtenquellen sind. In einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahr 2023 stieg dieser Prozentsatz auf 37 % – ein Anstieg um 11 %. (Europäisches Parlament, 2023).

mit dem Forscher:innen verfolgen konnten, wie Inhalte auf Facebook und Instagram geteilt werden (z. B. Flores, Inno, 2024). Auch die Anwendungsprogrammierschnittstelle (API) von X (ehemals Twitter), die von Forscher:innen zum Sammeln von Daten und zur Durchführung verschiedener Analysen verwendet wird, ist zunehmend unzugänglich geworden, und die Verfahren zur Genehmigung des Datenzugriffs können langwierig sein, so dass der Zugang oft verweigert wird.<sup>42</sup>

---

42 Interview.



## 4 Schlussfolgerungen

---

Desinformation ist ein komplexes Problem. Die Regulierung auf europäischer und nationaler Ebene ist zwar ein entscheidender Faktor, um die zahlreichen Herausforderungen zu bewältigen, kann aber nur eines von vielen Instrumenten sein, um Fortschritte bei der Eindämmung des potenziellen Schadens zu erzielen, den Desinformation in den europäischen Gesellschaften anrichtet. Europa ist kein homogener Kontinent, und wie bei so vielen kritischen Fragen gibt es keine Patentlösung. Diese Untersuchung hat gezeigt, dass ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz erforderlich ist, der ein breites Spektrum von Protagonist:innen in ganz Europa einbezieht – Organisationen der Zivilgesellschaft, Forschungseinrichtungen, den Privatsektor, die Medien und andere – sowie eine Vielzahl von Aktivitäten, einschließlich (aber nicht beschränkt auf) Fact-Checking, Forschung, Interessenvertretung, Medienkompetenz und unabhängige Medien.

Die positive Nachricht aus der Forschung und den Expert:inneninterviews ist, dass bereits viel getan wird. Auf der regulatorischen Seite hat die Europäische Union kürzlich mehrere wichtige Gesetze verabschiedet, darunter den „Digital Services Act“, den „Digital Markets Act“ und den „AI Act“, die alle verschiedene Aspekte des Desinformationsproblems behandeln (siehe Iglesias Keller et al., 2024). Universitäten in ganz Europa und in anderen Ländern wie den Vereinigten Staaten richten Studienprogramme zur Desinformation ein, um neue Generationen von Forscher:innen, Aktivist:innen, Programmierer:innen und politischen Entscheidungsträger:innen auszubilden. Diese werden dazu beitragen, das Problem auch in Zukunft anzugehen. Die Erkenntnis, dass es sich bei Desinformation um eine Herausforderung handelt, führt dazu, dass Geldgeber zunehmend Mittel für Forschung, politische Lobbyarbeit, Initiativen zur Überprüfung von Fakten, Kampagnen zur Medienkompetenz und zum Compliance-Monitoring bereitstellen.

Im Folgenden werden fünf Erkenntnisse vorgestellt, die sich aus den Untersuchungen für diese Studie ergeben haben:

## 4.1 Wirksame Umsetzung der bestehenden Regulierung

Mit jeder neuen Wahl und jeder neuen Europäischen Kommission gibt es eine natürliche Tendenz für Politiker:innen, Expert:innen und fachpolitische Sprecher:innen, sich auf neue politische Prioritäten zu konzentrieren. Die Forscher:innen und Expert:inneninterviews deuten jedoch darauf hin, dass es sich lohnt, anzuerkennen, dass die Europäische Union bereits wichtige regulatorische Erfolge erzielt hat, die eine wichtige Rolle im Kampf gegen Desinformation spielen können. Vieles spricht dafür, dass die neue Kommission der Durchsetzung dieser Erfolge Priorität einräumen sollte, anstatt vorschnell mit neuen Anstrengungen zu unternehmen.<sup>43</sup> Allein der „Digital Services Act“ und der „Digital Markets Act“ sind weitreichende Rechtsvorschriften. Der aktualisierte Verhaltenskodex gegen Desinformation von 2022 ist zwar nicht perfekt, aber ein positiver Schritt nach vorn. Es wird einige Zeit dauern, bis die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und die Interessenvertreter aus anderen Sektoren die Auswirkungen, Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Veränderungen in den Griff bekommen, die erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen aufgebaut, und bewährte Verfahren ermittelt, ausgetauscht und verbreitet haben. Auch wenn im Laufe der Zeit neue Herausforderungen auftreten und verschiedene Akteur:innen ihre Prioritäten (neu) setzen müssen, bietet die derzeitige Ausgangsbasis dieser neuen Regulierungsbemühungen eine solide Grundlage für weitere Fortschritte.

---

43 Interview.

## 4.2 Neue Modelle zur Finanzierung von Maßnahmen gegen Desinformation

Dieser Report unterstreicht auch, dass finanzielle Ressourcen für Organisationen, die sich mit Desinformation befassen, von entscheidender Bedeutung sind, damit sie ihre Rolle effektiv wahrnehmen und Wirkung erzielen können. Angesichts der Komplexität des Desinformationsproblems ist es von entscheidender Bedeutung, dass ein breites Spektrum von Akteur:innen, insbesondere auf lokaler Ebene, über die notwendigen Ressourcen verfügt, um ihre Arbeit effektiv und nachhaltig durchführen zu können.

Es ist verlockend, immer wieder zu betonen, dass mehr Mittel benötigt werden. Dies ist zwar richtig, aber es wäre auch sinnvoll, mehr – und differenziertere – Diskussionen zu führen, die sich auf das Verhältnis zwischen den Erwartungen und Anforderungen der Behörden hinsichtlich der Rolle, die die Zivilgesellschaft und die Forscher:innen spielen sollten, einerseits und der Frage, ob die verfügbaren Mittel – und die bestehenden Finanzierungsmechanismen – angemessen sind, um diese Erwartungen und Rollen zu erfüllen, andererseits konzentrieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Wissenschaft sind aufgerufen, zur Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste beizutragen und die Einhaltung des Verhaltenskodexes gegen Desinformation zu überwachen. Es müssen offene Diskussionen darüber geführt werden, wie die bestehenden Finanzierungsmodelle sowohl auf EU-Ebene als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten geändert oder ergänzt werden sollten, um diesen neuen Erwartungen gerecht zu werden und die Akteur:innen im Kampf gegen Desinformation nachhaltiger zu finanzieren.

Ebenso ist der Schutz der Integrität von Wahlen eine der obersten Prioritäten der Europäischen Union und der (meisten) europäischen Regierungen. Jedoch dürfen Bemühungen, Desinformationsansätze zu bekämpfen und zu verstehen, sich nicht nur auf die Monate vor den Wahlen konzentrieren, sondern müssen kontinuierlich, fortlaufend und mit Nachdruck erfolgen. Ohne einen solchen Ansatz sind zum Beispiel Fact-Checking-Organisationen gegenüber Desinformations-Akteur:innen, die ihre Aktivitäten nicht einstellen, nur weil eine Wahl vorbei ist, stark benachteiligt. (z. B. Habte & Watson, 2023)

Es wurde wiederholt betont, dass eine solche längerfristige, leichter zugängliche und nicht reaktive Finanzierung dazu beitragen würde, den Organisationen eine gewisse Planungssicherheit zu geben, damit sie ihre Arbeit weiterentwickeln, ihre Expert:innen-Kapazitäten aufrechterhalten und die Wirkung ihrer Aktivitäten potenziell erhöhen können.

Da sowohl die staatliche als auch die private Finanzierung in diesem Bereich zu Interessenkonflikten führen kann, wäre es ggf. sinnvoll, die Mittel verschiedener öffentlicher, privater und philanthropischer Geber mit Pflichtgebühren auf großen Plattformen, die hierfür genutzt werden, zu bündeln. Eine unabhängige Verwaltung dieser Mittel könnte die Finanzierung erhöhen und als Absicherung gegen einige Hauptrisiken für zivilgesellschaftliche und Forschungsorganisationen dienen.<sup>44</sup> Diese Diversifizierung könnte auch teilweise die Kritik entkräften, dass andere Finanzierungsformen, wie z. B. Zuschüsse im Rahmen des „Horizont Europa“- Programms, für kleinere Organisationen aufgrund der Komplexität, des Umfangs der Antragsverfahren, der hohen Vorabinvestitionen und des laufenden Verwaltungsaufwands nicht zugänglich sind.

<sup>44</sup> Interview.

### 4.3 Das Problem des Datenzugriffs

Darüber hinaus zeigen die Untersuchungen und Expert:inneninterviews, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, Forscher:innen, Akademiker:innen, die Medien und andere Beobachter Zugang zu Daten von Social-Media-Plattformen benötigen – und dass diese Daten umfassend sein müssen. Ein solcher Zugang ist nicht nur für die Durchsetzung von Vorschriften oder die Rechenschaftspflicht von Plattformen im Rahmen von Selbstregulierungsbemühungen wie dem Verhaltenskodex gegen Desinformation entscheidend, sondern auch für die Grundlagenforschung. Beispielsweise ist das Verständnis bestimmter demografischer Verhaltensweisen – etwa warum Männer einer bestimmten Altersgruppe eher dazu neigen, bestimmte Arten von Desinformation zu glauben und zu verbreiten – entscheidend, um ein bestimmtes Problem besser zu verstehen und wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln.<sup>45</sup> Darüber hinaus ist der Zugang zu Daten entscheidend, um den Status Quo erfassen zu können oder die Auswirkungen politischer Maßnahmen zu verstehen. Außerdem muss dieser Zugang umfassender sein und ein breiteres Spektrum von Akteur:innen einbeziehen, als es das derzeitige (Über-) Prüfungsverfahren für Forscher:innen erlaubt. Dies ist besonders wichtig angesichts der Rückschritte beim Datenzugang, die wir zum Beispiel mit dem jetzigen Verhalten von X (ehemals Twitter) und der Schließung von CrowdTangle erleben. Der Zugang zu Plattformdaten für Forscher:innen ist dadurch nur noch schwieriger geworden.

---

45 Interview.

#### 4.4 Förderung von Medienkompetenz und Unterstützung unabhängiger Medien

Es wurde wiederholt betont, dass es zwar wichtig ist, Desinformation in all ihren Formen zu bekämpfen, dass aber Medienkompetenz und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Informationen besonders bedeutend sind. Es ist nicht überraschend, dass dies eine Empfehlung ist. Die Beweise zeigen eindeutig, dass Länder mit einer langen Tradition von Medienkompetenz weit weniger anfällig für Desinformationskampagnen sind als Länder ohne eine solche Tradition. Die Europäische Union hat dies zur Kenntnis genommen. So empfiehlt die 2018 eingerichtete Hochrangige Expert:innengruppe der Europäischen Kommission zu Fake News und Online-Desinformation (HLEG) nachdrücklich, sich auf die Stärkung der „Medien- und Informationskompetenz, der digitalen Bürgerschaft, stärkerer unabhängiger Nachrichtenmedien und digitaler Debatten, die frei von Einmischung durch öffentliche Behörden und mächtige private Akteur:innen sind“, zu konzentrieren (Europäische Kommission, 2018b).

Wir sollten von erfolgreichen Initiativen in Ländern wie Schweden und Finnland lernen und versuchen, diese Erfolge in den Kommunen der Mitgliedstaaten zu wiederholen, und zwar auf lokaler Ebene, mit Fokus auf verschiedene Zielgruppen und mit maßgeschneiderten Ansätzen (Dragomir et al. 2024). Ein wichtiger Erfolgsfaktor in diesem Zusammenhang ist es, effektive und kreative Wege zu finden, um nicht nur junge Menschen über die Bildungssysteme zu erreichen, sondern auch Gemeinschaften aller Altersgruppen, was naturgemäß schwieriger ist. In diesem Zusammenhang gibt es bereits eine Reihe von Fallstudien, die gute Praxisbeispiele und die Kartierung europäischer Medienkompetenz-Protagonist:innen hervorheben, darunter eine Studie der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle aus dem Jahr 2016 sowie die laufenden Bemühungen der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO 2021, Chapman 2016).

Unabhängige (lokale) Nachrichtenmedien zu unterstützen kann ebenfalls zum Gemeinwohl beitragen. Wo es keine lokalen Medien oder keinen Zugang zu qualitativ hochwertigem, gemeinwohlorientiertem Journalismus gibt, ist es wahrscheinlicher, dass minderwertige Informationen und Fehlinformationen das Vakuum füllen – und es gibt deutliche Hinweise darauf, dass diese Dynamik bürgerschaftliches Engagement und soziales Vertrauen untergräbt (Bateman & Jackson, 2024). Dies ist jedoch ein heikles Thema, insbesondere angesichts der großen Auswahl, die den Medienkonsumenten zur Verfügung steht, und der finanziellen Kosten, die mit der Unterstützung eines breiten unabhängigen Informationsökosystems angesichts von Trends wie sinkenden Abonnentenzahlen verbunden sind.

Dennoch ist es wichtig, Anreize für lokale, unabhängige gemeinwohlorientierte Medien zu schaffen – und dabei können wir auf bestehende Erfahrungen zurückgreifen. Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2020 hat eine Reihe von Ansätzen aufgezeigt, darunter die Subventionierung von (Provinz-) Zeitungen wie in Schweden, Frankreich, Österreich und Norwegen oder ein kostenloses ein-jähriges Zeitungsabonnement für 18-Jährige wie in Frankreich (OECD 2024; Bateman & Jackson 2024).

## 4.5 Langfristig orientiert handeln

Schließlich hat die Forschung gezeigt, dass die Bekämpfung von Desinformation einen langfristigen Ansatz erfordert. Nur durch eine längerfristige Planung und die Förderung einer umfassenden Infrastruktur von Akteur:innen und Ansätzen kann das Problem der Desinformation sinnvoll und effektiv angegangen werden. Ein solcher Ansatz erhöht die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Desinformation, und eine starke Infrastruktur und ein langfristiger Ansatz können auch Desinformationskampagnen, die sich gegen Europa richten, von vornherein verhindern.<sup>46</sup> Dies erfordert kohärente und integrierte Anstrengungen, nicht nur Maßnahmen im Zusammenhang mit Ereignissen wie Wahlen oder Pandemien. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung von Netzwerken und die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen, dem privaten, dem zivilgesellschaftlichen, dem akademischen, dem Forschungs- und dem Mediensektor von entscheidender Bedeutung. So können kollektives Fachwissen und Ansätze zur Bekämpfung des Problems genutzt werden, um Desinformationskampagnen wirksamer abzuschrecken und auf sie zu reagieren. Im Rahmen dieses langfristigen Ansatzes müssen auch andere Herausforderungen konsequent angegangen werden, wie etwa die Überbrückung der Kluft zwischen Finanzierung und Erwartungen, die weitere Ermittlung und Verbreitung bewährter Verfahren in den Bereichen Medienkompetenz und Unterstützung lokaler Medien, sowie die Gewährleistung des Zugangs zu relevanten Daten.

---

46 Interview.

# Quellenangaben

---

Bateman, Jon and Dean Jackson (2024). *Countering Disinformation Effectively: Evidence-Based Policy Guide*. Carnegie Endowment for International Peace. Verfügbar unter: <https://carnegieendowment.org/2024/01/31/countering-disinformation-effectively-evidence-based-policy-guide-pub-91476>. Letzter Zugriff am 23. März 2024.

Bradshaw, Samantha and Lisa-Maria Neudert (2021). *The Road Ahead: Mapping Civil Society Responses to Disinformation*. National Endowment for Democracy. Verfügbar unter: [www.ned.org/mapping-civil-society-responses-to-disinformation-international-forum/](http://www.ned.org/mapping-civil-society-responses-to-disinformation-international-forum/). Letzter Zugriff am 10. April 2024.

Bundesregierung (2023). *Disinformation: What the Federal Government is Doing and What You Can Do Yourself*. Verfügbar unter: [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dangerous-fake-news-2244420](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dangerous-fake-news-2244420). Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Chapman, Martina (2016). *Mapping of Media Literacy Practices and Actions in EU-28*. Publications Office of the European Union. Verfügbar unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/0a387a0a-3e5f-11ea-ba6e-01aa75ed71a1>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Dragomir, Marius, José Rúas-Araújo and Minna Horowitz (2024). *Beyond Online Disinformation: Assessing National Information Resilience in Four European Countries*. Humanities and Social Sciences Communications. <https://doi.org/10.1057/s41599-024-02605-5>.

Dyson, Kenneth & Kevin Featherstone (1999). *The Road To Maastricht: Negotiating Economic and Monetary Union*. Oxford University Press.

EDMO (2021). *Mapping the Media Literacy Sector*. Verfügbar unter: <https://edmo.eu/resources/repositories/mapping-the-media-literacy-sector/>. Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

EDMO (2024). *Fact-checking organisations in the EU*. Verfügbar unter: <https://edmo.eu/resources/repositories/fact-checking-organisations-in-the-eu/>. Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

EUFactCheck (2019). *About us*. Verfügbar unter: <https://eufactcheck.eu/about-us/>. Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Europäische Kommission (2018). *Communication on Tackling Online Disinformation: A European Approach*. COM(2018) 236. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Europäische Kommission (2018a). *Action Plan against Disinformation*. JOIN(2018) 36 final. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018JC0036>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Europäische Kommission (2018b). *A multi-dimensional approach to disinformation. High-level Group on fake news and online disinformation*. Directorate-General for Communication Networks, Content and Technology. Verfügbar unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6ef4df8b-4cea-11e8-be1d-01aa75ed71a1/language-en>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Europäische Kommission (2023). *Digital Services Act: Application of the risk management framework to Russian disinformation campaigns*. Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology. Verfügbar unter: <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2023/08/digital-services-act-KK0923294ENN-2.pdf>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Europäische Kommission (2023). *Research and innovation to counter disinformation, foreign manipulation and interference*. European Research Executive Agency. Verfügbar unter: [https://rea.ec.europa.eu/publications/research-and-innovation-counter-disinformation-foreign-manipulation-and-interference\\_en](https://rea.ec.europa.eu/publications/research-and-innovation-counter-disinformation-foreign-manipulation-and-interference_en). Letzter Zugriff am 4. März 2024.

Europäische Kommission. *Funded projects in the fight against disinformation*. Verfügbar unter: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/coronavirus-response/fighting-disinformation/funded-projects-fight-against-disinformation\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/coronavirus-response/fighting-disinformation/funded-projects-fight-against-disinformation_en). Letzter Zugriff 29. Mai 2024.

Europäischer Rechnungshof (2021). *Disinformation Affecting the EU: Tackled but Not Tamed*. Verfügbar unter: [www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21\\_09/SR\\_Disinformation\\_EN.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_09/SR_Disinformation_EN.pdf). Letzter Zugriff am 8. März 2024.

Europäischer Sozial- und Wirtschaftsausschuss. EWSA (2023). *Strong civil society and independent media are the firewall against disinformation*. Verfügbar unter: [www.eesc.europa.eu/en/news-media/press-releases/strong-civil-society-and-independent-media-are-firewall-against-disinformation](http://www.eesc.europa.eu/en/news-media/press-releases/strong-civil-society-and-independent-media-are-firewall-against-disinformation). Letzter Zugriff: 29. Mai 2024.

European Fact-Checking Standards Network (2024). *Code of Standards*. Verfügbar unter: <https://efcsn.com/code-of-standards/>. Letzter Zugriff am 4. März 2024.

Fertmann, Martin, Bharath Ganesh, Robert Gorwa, Lisa-Maria Neudert (2022). *Hybrid institutions for disinformation governance: Between imaginative and imaginary*. Verfügbar unter: <https://policyreview.info/articles/news/hybrid-institutions-disinformation-governance-between-imaginative-and-imaginary/1669>. Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Fleming, J. (2013). *Media Literacy, News Literacy, or News Appreciation? A Case Study of the News Literacy Program at Stony Brook University*. *Journalism & Mass Communication Educator* 69, no. 2.

Flores, Inno (2024). *Researchers Rally Against Meta's CrowdTangle Shutdown, Citing Risks to Election Monitoring Efforts*. Verfügbar unter: [www.techtimes.com/articles/302837/20240321/researchers-rally-against-metas-crowdtangle-shutdown-citing-risks-election-monitoring-efforts.htm](http://www.techtimes.com/articles/302837/20240321/researchers-rally-against-metas-crowdtangle-shutdown-citing-risks-election-monitoring-efforts.htm). Letzter Zugriff am 29. Mai 2024.



Freihse, Charlotte und Cathleen Berger (2024). *From resilient information ecosystem to resilient democracy: Key challenges and lessons learned for the next EU Commission*. Verfügbar unter: <https://upgradedemocracy.de/en/perspective/research-engagement-5-to-brussels-belgium/>. Letzter Zugriff am 23. April 2024.

Gerdziunas, Benas (2018). *Lithuania: The War on Disinformation*. Deutsche Welle. Verfügbar unter: [www.dw.com/en/lithuania-hits-back-at-russian-disinformation/a-45644080](http://www.dw.com/en/lithuania-hits-back-at-russian-disinformation/a-45644080). Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Guess, Andrew, J. Nagler, & J. Tucker (2019). *Less Than You Think: Prevalence and Predictors of Fake News Dissemination on Facebook*. *Science Advances* 5, no. 1.

Gunitsky, Seva (2020). *Democracies can't blame Putin for their disinformation problem. The focus on foreign subversion ignores the damage being done at home*. *Foreign Policy*. Verfügbar unter: <https://foreignpolicy.com/2020/04/21/democracies-disinformation-russia-china-homegrown/>. Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Habte, Fennet & Abigail Watson (2023). *To Save Elections From Disinformation, Fact-Checking Is Only the First Response*. Global Public Policy Institute. Verfügbar unter: <https://gppi.net/2023/11/07/to-save-elections-from-disinformation-fact-checking-is-only-the-first-response>. Letzter Zugriff am 27. März 2024.

Higgins, Eliot (2024). *What To Do about Disinformation*. Financial Times. Verfügbar unter: [www.ft.com/content/0b9469e5-7111-445f-a7d2-464ed21748c6](http://www.ft.com/content/0b9469e5-7111-445f-a7d2-464ed21748c6). Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Iglesias Keller, Clara, Charlotte Freihse, Cathleen Berger (2024). *Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation: Auf dem Weg zu einer resilienten und gesunden Öffentlichkeit*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. DOI: 10.11586/2024065

Jaurisch, Julian (2024). *The Digital Services Act Is In Effect – Now What?*. Stiftung Neue Verantwortung. Verfügbar unter: [www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv-digital-services-act-now-what.pdf](http://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv-digital-services-act-now-what.pdf). Letzter Zugriff am 15. Mai 2024.

Mohan Pai, Joshita and Austin Davis (2023). *A Safer Digital Space: Mapping the EU Policy Landscape to Combat Online Disinformation and Hate Speech*. Democracy Reporting International. Verfügbar unter: [https://capacity4dev.eu/library/safer-digital-space-mapping-eu-policy-landscape-combat-online-disinformation-and-hate-speech\\_en?refpage=search](https://capacity4dev.eu/library/safer-digital-space-mapping-eu-policy-landscape-combat-online-disinformation-and-hate-speech_en?refpage=search). Letzter Zugriff am 6. März 2024.

Organisation for Economic Cooperation and Development (2024). *Facts not Fakes: Tackling Disinformation, Strengthening Information Integrity*. Verfügbar unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/d909ff7a-en/index.html?itemId=/content/publication/d909ff7a-en>. Letzter Zugriff am 6. März 2024.

PEN America & Stanford Social Media Lab (2022). *Impact Report: Evaluating PEN America's Media Literacy Program*. Verfügbar unter: <https://pen.org/report/the-impact-of-community-based-digital-literacy-interventions-on-disinformation-resilience/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Pershan, Claire (2021). *The Many Faces Fighting Disinformation: Supporting Europe's Counter-Disinformation Community*. EU Disinfo Lab. Verfügbar unter: [www.disinfo.eu/wp-content/uploads/2022/01/Manyfaces-Report-2021\\_EUDL\\_V2.pdf](http://www.disinfo.eu/wp-content/uploads/2022/01/Manyfaces-Report-2021_EUDL_V2.pdf). Letzter Zugriff am 6. März 2024.

Saurwein, Florian & Charlotte Spencer-Smith (2020). *Combating Disinformation on Social Media: Multilevel Governance and Distributed Accountability in Europe*. Digital Journalism.

Sauvage, Grégoire (2023). *Slovakia swamped by disinformation ahead of parliamentary elections*. Verfügbar unter: [www.france24.com/en/europe/20230928-disinformation-swamps-slovakia-ahead-of-parliamentary-elections](http://www.france24.com/en/europe/20230928-disinformation-swamps-slovakia-ahead-of-parliamentary-elections). Letzter Zugriff am 29. Mai 2024.

TechSoup (2023). *Disinformation and Civil Society: Mapping Report*. Baltic Region. Verfügbar unter: [www.techsoupeurope.org/wp-content/uploads/2023/09/TechSoup\\_Disinformation-and-Civil-Society-Regional-Mapping-Report\\_Baltic\\_Region.pdf](http://www.techsoupeurope.org/wp-content/uploads/2023/09/TechSoup_Disinformation-and-Civil-Society-Regional-Mapping-Report_Baltic_Region.pdf). Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Vériter, Sophie L., Monica Kaminska, Dennis Broeders, and Joachim Koops (eds.) (2021). *Responding to the COVID-19 'infodemic': National countermeasures to information influence in Europe*. The Hague: The Hague Program for Cyber Norms. Verfügbar unter: [https://leibniz-hbi.de/uploads/media/default/cms/media/sykh13m\\_HPCN%20Responding%20to%20the%20COVID-19%20Infodemic%20DIGITAL%20PAGES.pdf](https://leibniz-hbi.de/uploads/media/default/cms/media/sykh13m_HPCN%20Responding%20to%20the%20COVID-19%20Infodemic%20DIGITAL%20PAGES.pdf). Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Vilmer (2021). *Information Defense: Policy Measures Taken Against Foreign Information Manipulation*. Atlantic Council. Verfügbar unter: [www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2021/07/Information-Defense-07.2021.pdf](http://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2021/07/Information-Defense-07.2021.pdf).

Vilmer (2021a). *Effective State Practices Against Disinformation: Four Country Case Studies*. The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats. Hybrid CoE Research Report 2. Verfügbar unter: [www.hybridcoe.fi/wp-content/uploads/2021/07/20210709\\_Hybrid\\_CoE\\_Research\\_Report\\_2\\_Effective\\_state\\_practices\\_against\\_disinformation\\_WEB.pdf](http://www.hybridcoe.fi/wp-content/uploads/2021/07/20210709_Hybrid_CoE_Research_Report_2_Effective_state_practices_against_disinformation_WEB.pdf). Letzter Zugriff am 18. April 2024.

## Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Mai 2024

### **Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### **Upgrade Democracy**

[www.upgradedemocracy.de](http://www.upgradedemocracy.de)

### **Verantwortlich für den Inhalt**

Global Public Policy Institute (GPPI), Germany

### **Verantwortlich für die Publikationsreihe**

Cathleen Berger  
Co-Leitung Upgrade Democracy  
[cathleen.berger@bertelsmann-stiftung.de](mailto:cathleen.berger@bertelsmann-stiftung.de)  
[www.upgradedemocracy.de](http://www.upgradedemocracy.de)  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Charlotte Freihse  
Projektmanagerin Upgrade Democracy  
[charlotte.freihse@bertelsmann-stiftung.de](mailto:charlotte.freihse@bertelsmann-stiftung.de)  
[www.upgradedemocracy.de](http://www.upgradedemocracy.de)  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### **Autor**

Wade Hoxtell

### **Design**

nach morgen

### **Übersetzung aus dem Englischen**

Lara Wagner

### **Zitationshinweis**

Hoxtell, Wade. 2024. *Umgang mit Desinformation in Europa. Herausforderungen und Gelegenheiten für zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatsektor*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. DOI 10.11586/2024077

### **DOI-Nummer**

DOI 10.11586/2024077